



GESCHÄFTSBERICHT
2007

R+V Pensionskasse AG



Im FinanzVerbund der
Volksbanken Raiffeisenbanken

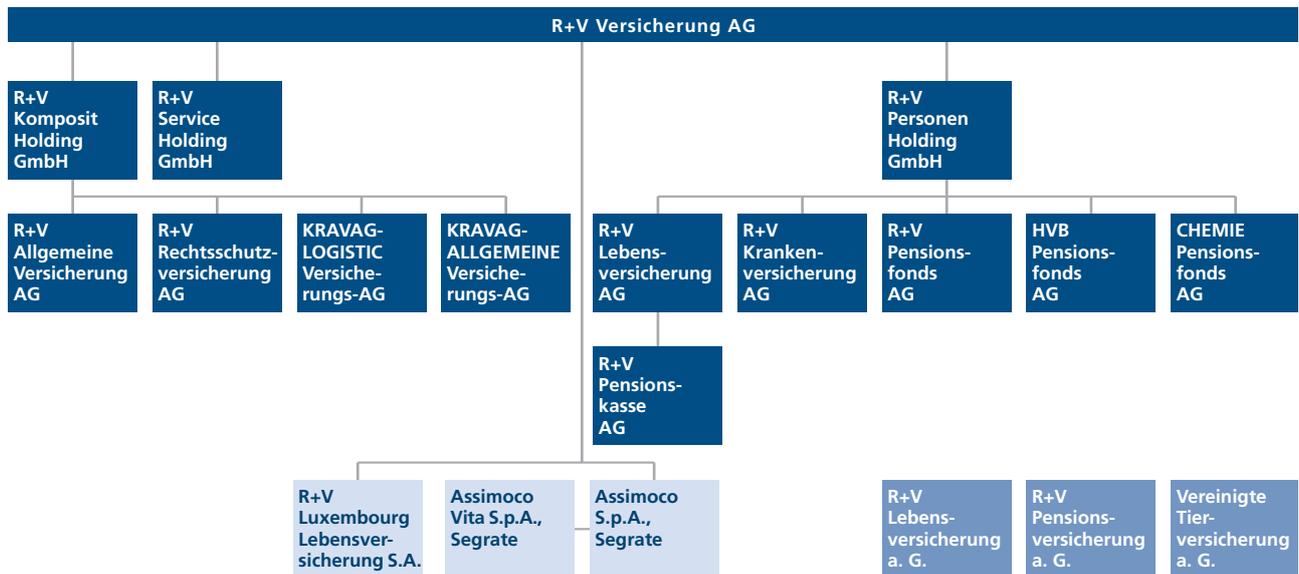
R+V Pensionskasse AG

Taunusstraße 1, 65193 Wiesbaden, Telefon (0611) 533-0
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden HRB 22028

Geschäftsbericht 2007

Vorgelegt zur ordentlichen Hauptversammlung
am 13. Mai 2008

R+V Gruppe



■ Inländische Konzern-Gesellschaften

■ Ausländische Konzern-Gesellschaften

■ Gesellschaften der R+V Gruppe

ZAHLEN ZUM GESCHÄFTSJAHR

		R+V PENSIONSKASSE AG		R+V Gruppe	
		2007	2006	2007	2006
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. €	101,8	95,2	9.517	9.182
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres	Mio. €	3,5	1,9	6.539	6.105
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. €	10,3	6,4	2.485	2.138
Kapitalanlagen	Mio. €	295,4	203,6	50.336	47.354
Anzahl der Versicherungsverträge	Tsd.	86	81	18.410	17.771
Mitarbeiter am 31. Dezember		–	–	11.420	11.274

4

LAGEBERICHT 2007

Geschäft und Rahmenbedingungen	4
Geschäftsverlauf der R+V Pensionskasse AG	11
Ertragslage	12
Finanzlage	14
Vermögenslage	14
Nachtragsbericht	14
Risikobericht	14
Prognosebericht	20

25

JAHRESABSCHLUSS 2007

Bilanz	26
Gewinn- und Verlustrechnung	30
Anhang	33
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	33
Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva	36
Erläuterungen zur Bilanz – Passiva	40
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	43

45

WEITERE INFORMATIONEN

Sonstige Angaben	45
Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer	45
Aufsichtsrat	53
Vorstand	53
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	54
Bericht des Aufsichtsrats	56
Glossar	58

Lagebericht

Geschäft und Rahmenbedingungen

Geschäftstätigkeit

Die R+V Pensionskasse AG, gegründet 2004, gehört als Unternehmen der R+V dem genossenschaftlichen FinanzVerbund an. Sie repräsentiert als Pensionskasse einen der fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung. Als Spezialversicherer für betriebliche Altersversorgung bietet sie ihren Kunden maßgeschneiderte Versorgungslösungen. Ihr Versicherungsprogramm umfasst Rentenversicherungen sowie Zusatzversicherungen zur Versorgung von Hinterbliebenen und zur Absicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit.

Organisatorische und rechtliche Struktur

Die Anteile der R+V Pensionskasse AG werden zu 99 % von der R+V Lebensversicherung AG und zu 1 % von der R+V Pensionsversicherung a. G. gehalten.

An der R+V Lebensversicherung AG ist die R+V Personen Holding GmbH zu 80 % und die R+V Versicherung AG zu 20 % beteiligt. Die R+V Personen Holding GmbH wiederum ist eine 100 %ige Tochter der R+V Versicherung AG.

Die R+V Versicherung AG fungiert als Holdinggesellschaft des R+V Konzerns. Sie erstellt einen Teilkonzernabschluss nach den internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS, in den der Jahresabschluss der R+V Pensionskasse AG einbezogen wird.

Die R+V Versicherung AG befindet sich mehrheitlich im Besitz der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank. Darüber hinaus halten die WGZ BANK AG Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank sowie weitere genossenschaftliche Verbände und Institute Anteile an der R+V Versicherung AG. Der Vorstand der R+V Versicherung AG trägt die Verantwortung für das Versicherungsgeschäft der DZ BANK Gruppe.

Der Jahresabschluss der R+V Pensionskasse AG wurde nach den Vorschriften des HGB erstellt.

Organisation der Leitung und Kontrolle

Die Vorstände der Gesellschaften der R+V sind teilweise in Personalunion besetzt.

Die Gesellschaften der R+V haben Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen. Danach werden gesellschaftsübergreifende Dienstleistungen jeweils von einer Gesellschaft – R+V Versicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft oder R+V Service Center GmbH – erbracht. Die Dienstleistungen für die anderen Gesellschaften erstrecken sich im Wesentlichen auf folgende Betriebsbereiche: Vertrieb, Vermögensanlage, Vermögensverwaltung, Rechnungswesen, Beitragseinzug, Controlling, Rechtswesen, Revision, Kommunikation, Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung und Informationsverarbeitung. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden mit den Aufwendungen nach der Inanspruchnahme von Dienstleistungen belastet; sie haben hinsichtlich der ausgegliederten Betriebsbereiche Weisungs- und Kontrollrechte.

Darüber hinaus besteht zwischen den Gesellschaften der R+V eine Vereinbarung über eine zentrale Gelddisposition und ein zentrales Finanzclearing.

Die versicherungstechnische Verwaltung erfolgt durch die R+V Lebensversicherung AG, die auch über ihren Außendienst Pensionsversicherungen an die R+V Pensionskasse AG vermittelt.

Die R+V Pensionskasse AG hat ihren Sitz in Wiesbaden.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

In dem nach § 312 AktG erstellten Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen hat der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die ihm zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die im Bericht erwähnten Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten und dass sie andere berichtspflichtige Maßnahmen weder getroffen noch unterlassen hat.

Verbandszugehörigkeit

Die Gesellschaft ist Mitglied im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V., Berlin.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2007

Im Jahr 2007 stieg das Bruttoinlandsprodukt real um 2,5 %. Die Wachstumsrate lag damit nur geringfügig unter dem Wert von 2006 (2,9 %), trotz mehrerer dämpfender Effekte. Dazu zählten vor allem die Umsatzsteuererhöhung, der starke Euro, der weiter anziehende Ölpreis und die im Sommer auftretenden Turbulenzen auf den Finanzmärkten, ausgelöst durch die Immobilienkrise in den USA.

Das weltwirtschaftliche Klima, das für die stark exportorientierte deutsche Wirtschaft seit jeher von besonderer Bedeutung ist, hat sich dadurch abgekühlt. Dennoch sind deutsche Produkte weiterhin im Ausland sehr gefragt. Die Exporte legten 2007 deutlich um 8,3 % zu, wenn auch nicht ganz so stark wie im Vorjahr (12,5 %). Eine gezielte Senkung der Lohnnebenkosten half der deutschen Wirtschaft dabei, ihre Wettbewerbsfähigkeit zusätzlich zu stärken, was sich positiv auf die Attraktivität ihrer Produkte auf den weltweiten Märkten auswirkte. Im Inland trugen vor allem stark expandierende Investitionen in Maschinen und andere Ausrüstungsgegenstände zur Fortsetzung des Aufschwungs bei. Eine hohe Auslastung der Produktionskapazitäten führte dazu, dass 2007 auch zunehmend Erweiterungsinvestitionen in den Vordergrund traten.

Mit dem Ausbau der Produktion ist auch der Bedarf an Arbeitskräften gestiegen. Die deutliche Belebung auf dem Arbeitsmarkt hat sich somit auch 2007 fortgesetzt. Die Erwerbstätigkeit stieg insgesamt um 1,7 %. Besonders erfreulich: Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gab es sogar eine Steigerung um 1,9 %. Die Arbeitslosenzahl ging um rund 0,7 Mio. zurück. 2007 waren damit noch 3,8 Mio. Personen ohne Beschäftigung, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,0 %. Gegen Jahresende überschritt die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland erstmals die 40-Millionen-Grenze.

Die positive Tendenz auf dem Arbeitsmarkt hat verhindert, dass sich der private Konsum im Inland deutlich abschwächte. So kam es insgesamt lediglich zu einem leichten Minus von 0,3 % gegenüber dem Vorjahr. Höhere Lohnsteigerungen als in den Vorjahren – die verfügbaren Einkommen nahmen um 1,6 % zu – haben die Konsumausgaben hingegen nicht beflügeln können. Dies liegt daran, dass die Erhöhung der Umsatzsteuer um 3 Prozentpunkte durch Vorzieheffekte das Wachstum zwar im Jahr 2006 begünstigt, 2007 hingegen gedämpft hat. Zwar erholte sich der private Konsum im Jahresverlauf zunehmend, doch steigende Preise für Energie und Nahrungsmittel sorgten für zusätzlichen Kaufkraftentzug. Die Verbraucherpreise zogen im Jahresdurchschnitt um 2,2 % an. Im November wurde im Vergleich zum Vorjahresmonat sogar ein Spitzenwert von 3,1 % erreicht.

Aufgrund der Konsumzurückhaltung der Verbraucher vor allem im ersten Halbjahr ist die Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 2007 wieder leicht um 0,4 Prozentpunkte auf jetzt 10,9 % des verfügbaren Einkommens gestiegen – im Vorjahr war die Quote erstmals seit dem Jahr 2000 leicht rückläufig gewesen. Neben Verträgen für staatlich geförderte Produkte der Altersvorsorge waren aufgrund steigender Zinsen auch kurzfristige Anlagen gefragt.

Die Entwicklung an den Kapitalmärkten war im Jahr 2007 zweigeteilt. Im ersten Halbjahr prägte ein optimistisches Konjunktur- und Unternehmensbild die Marktakteure. Die als Referenzwerte verwendeten Renditen zehnjähriger Bundesanleihen stiegen zeitweise auf 4,7 %. Der DAX legte seit Jahresanfang um rund 22 % zu, der DJ Eurostoxx 50 um knapp 9 %.

Im Sommer kam es dann zu krisenhaften Erscheinungen am Kapitalmarkt, hinter denen ein rapider Hauspreisverfall in den USA und zunehmende Hypothekenkreditausfälle stehen. Sie wirkten sich aufgrund der Globalisierung auf viele Gläubiger und Teilmärkte aus. Dreimonatige Geldmarktzinsen stiegen sprunghaft um 0,6 Prozentpunkte an, zehnjährige Bundesanleihen fielen wieder unter 4,0 %, der DAX gab seine Kursgewinne zur Hälfte und der DJ Eurostoxx 50 seine sogar fast voll-

ständig wieder ab. Der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro sank um 10 %. Zentralbanken mussten stark intervenieren; die amerikanische Notenbank senkte trotz Inflationsgefahren vorsichtshalber den Hauptrefinanzierungszins um einen Prozentpunkt auf 4,25 %.

Die Kreditkrise und die dadurch eingetrübten Konjunktur- und Unternehmensaussichten führten deshalb im zweiten Halbjahr zu hoher Unsicherheit. Trotzdem schlossen am Jahresende die Aktienmärkte in etwa auf dem Niveau der zwischenzeitlichen Hochs. Die zehnjährigen Renditen lagen bei 4,3 %.

Rechtliche Rahmenbedingungen

Der Gesetzgeber hat im Jahr 2007 zahlreiche Reformen und Gesetzesänderungen eingeleitet oder umgesetzt, welche die Lebens- und Pensionsversicherung betreffen. Er hat erkannt, dass die Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung alleine nicht zur Sicherung des Lebensstandards der Bürger im Alter ausreichen werden. Zusätzliche, kapitalgedeckte Vorsorge gewinnt zunehmend an Bedeutung. Der Gesetzgeber hat nun diesen Paradigmenwechsel in der Altersvorsorge, den er vor einigen Jahren mit der Verabschiedung des Altersvermögensgesetzes eingeleitet hat, im Jahr 2007 konsequent weiterverfolgt.

Ein deutliches Signal in dieser Hinsicht war der Beschluss, in der betrieblichen Altersversorgung (bAV) die Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung unbefristet über das Jahr 2008 hinaus zu gewähren.

Im November 2007 hat der Gesetzgeber mit der Verabschiedung der 9. Novelle des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) für Pensionsfonds die Bedeckungsregelungen bei Pensionsplänen ohne versicherungsförmige Garantie flexibilisiert und so die betriebliche Altersversorgung zusätzlich gestärkt.

Darüber hinaus wird durch eine höhere staatliche Förderung ab 2008 auch die Attraktivität der Riesterreife nochmals gesteigert. Die Grundzulage steigt von 114 Euro auf 154 Euro, die Kinderzulage von bisher 138 Euro auf 185 Euro pro Jahr je

kindergeldberechtigtem Kind. Zudem hat der Bundesrat Ende November 2007 zugestimmt, für ab 2008 geborene Kinder die Zulage auf 300 Euro pro Jahr und kindergeldberechtigtem Kind anzuheben.

Durch die Notwendigkeit der eigenverantwortlichen Altersvorsorge und damit einhergehender Maßnahmen des Staates ist das Thema Altersvorsorge wesentlich komplexer geworden. Neben die gesetzliche Rentenversicherung sind zahlreiche, unterschiedlich geförderte und besteuerte Altersvorsorgeprodukte getreten. Damit der Verbraucher in die Lage gesetzt wird, die individuell richtige Entscheidung zu treffen, hat der Gesetzgeber 2007 zur Erreichung einer verbesserten Information und Transparenz sowie zur Stärkung der Verbraucherrechte insgesamt zwei weitreichende Maßnahmen getroffen:

- Er hat das Versicherungsvertragsgesetz (VVG) grundlegend reformiert. In der Lebens- und Pensionsversicherung entstanden aus den Änderungen vier große Handlungsfelder: Die Informationspflichten durch die Versicherungsunternehmen werden ausgeweitet. Die Rücktrittsrechte nach Verletzungen der vorvertraglichen Anzeigepflichten werden eingeschränkt. Die Rückkaufswerte während der ersten Vertragsjahre werden erhöht. Die Versicherungsnehmer werden verursachungsorientiert an den stillen Reserven beteiligt.
- Das Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts wurde erlassen, um den Verbrauchern eine fachkundige Beratung beim Abschluss von Versicherungen zu garantieren. Erreicht werden soll dies über eine erhöhte Informationspflicht zur Person des Vermittlers, über eine Beratungs- und Dokumentationspflicht sowie einen direkten Schadensersatzanspruch des Kunden gegenüber dem Vermittler, soweit dieser falsch beraten hat. Alle Vermittler müssen eine ausreichende Qualifikation nachweisen und werden in einem zentralen Vermittlerregister registriert. Damit wurden die Anforderungen der EU-Vermittlerrichtlinie in nationales Recht umgesetzt.

Lage der Versicherungsbranche

Vom konjunkturellen Aufschwung der Gesamtwirtschaft profitierte die Versicherungsbranche nur eingeschränkt. Die Zurückhaltung der Bürger im privaten Konsum zeigte sich besonders bei langfristig bindenden Konsumententscheidungen. Dennoch hielt die Branche nach vielen Jahren nachhaltigen Wachstums das erreichte hohe Beitragsniveau.

Die positiven gesamtwirtschaftlichen Impulse wurden durch brancheninterne Einflüsse abgeschwächt. Sowohl im Kfz-Geschäft als auch im industriellen Sachversicherungsmarkt sorgten ein hoher Marktsättigungsgrad und ein intensiver Wettbewerb für stagnierende oder sogar sinkende Beitragseinnahmen. Der Abschluss zahlreicher Verträge zur Altersvorsorge wurde aufgrund der Absenkung des Rechnungszinses ins Jahr 2006 vorgezogen. Die private Krankenversicherung hingegen profitierte vom sinkenden Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherungen, insbesondere bei den Zusatzversicherungen.

Zusammengenommen führte dies zu einem leichten Wachstum der Beitragseinnahmen. Sie nahmen um 0,2 % (2006: 2,4 %) auf 162,1 Mrd. Euro zu.

Riesterrente und Basisrente bescheren Lebensversicherern stabile Einnahmen

Deutlich zurückhaltender als in den letzten Jahren waren die Bundesbürger 2007 beim Abschluss von privaten Altersvorsorgeverträgen. Die Versicherungsbranche spürte hier zum einen die wachsende Konkurrenz durch Investmentfonds. Zum anderen begrenzen die nur wenig gestiegenen Realeinkommen den finanziellen Spielraum der Bürger. Sie sparen daher vielfach nur kurzfristig und nicht zweckgebunden für das Alter. Vor allem aufgrund der weiter gestiegenen Nachfrage nach staatlich geförderten Produkten konnte das Niveau der Beitragseinnahmen mit 78,6 Mrd. Euro auf Vorjahresniveau gehalten werden (plus 0,3 %). Im Geschäftsjahr 2007 wurden 2,1 Mio. neue Riesterversicherungen abgeschlossen – 50.000 mehr als in 2006. Bei der Basisrente (Rüruprente) wurde mit 311.000 neuen Verträgen das Neugeschäft sogar um 79,2 % gesteigert.

GESAMTZAHLN DER BRANCHE*

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen, Inland	162,1	+ 0,2 %
Versicherungsleistungen der Erstversicherer	142,9	+ 3,3 %
Kapitalanlagen der Branche	1.112,0	+ 4,2 %

* GDV-Zahlen, Stand November 2007

Insgesamt haben Rentenversicherungsverträge aufgrund ihrer Attraktivität mittlerweile das größte Gewicht beim Neugeschäft; sie machen nach der Anzahl 33,9 % aus, nach den Beitragseinnahmen sind es sogar gut die Hälfte. Kapitalbildende Lebensversicherungen haben bezogen auf die Anzahl der Verträge nur noch einen Anteil von 12,8 %, 2006 waren es 15,7 %. Der Trend der vergangenen Jahre hin zu Versicherungen gegen Einmalbeitrag bleibt weiterhin bestehen. Ihr Anteil am Neubeitrag betrug in 2007 rund zwei Drittel. Investiert werden größere Geldbeträge aus abgelaufenen Kapitalversicherungen, aber auch aus anderen Anlageformen und aus Erbschaften – ein klares Votum der Bundesbürger für die renditestarken, garantierten Leistungen der Branche. Sie bauen auf die Kapitalkraft der Versicherer und schätzen die große Flexibilität des Angebotsspektrums. Im Fokus der Nachfrage standen weiterhin auch fondsgebundene Produkte, bei denen die Kunden von den Chancen des Kapitalmarktes profitieren. Ein Zuwachs von 39,3 % bezogen auf den Neubeitrag verdeutlicht das Vertrauen der Kunden in die Professionalität von Anlage- und Risikomanagement der Versicherungsunternehmen.

Betriebliche Altersversorgung bleibt auf Wachstumskurs

Die betriebliche Altersversorgung gab der Lebensversicherung weiterhin einen positiven Impuls. Bei Direktversicherungen und Pensionskassen hat die Ankündigung, die Sozialversicherungsfreiheit bei Entgeltumwandlung auf Dauer beizubehalten, zu einem erfreulichen Wachstum geführt. Pensionsfonds profitierten von den Anpassungen durch die 7. VAG-Novelle, durch die die von vielen Unternehmen gewünschte Auslage-

ENTWICKLUNG DER LEBENSVERSICHERUNGSSPARTE*

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	78,6	+ 0,3 %
Anzahl neuer Verträge	7,7 Mio. Stück	- 9,2 %
Gesamte Neugeschäftsbeiträge	19,1	- 1,6 %

* GDV-Zahlen, Lebensversicherer, Pensionskassen, Pensionsfonds;
Stand Januar 2008

zung von Pensionsverpflichtungen gemäß internationalen Standards bei bilanzkonformer Liquiditätsbelastung möglich wurde.

Private Krankenversicherung profitiert von Lücken der gesetzlichen Krankenversicherung

Einziges Sparte mit einem deutlichen Beitragszuwachs ist die private Krankenversicherung: Ihre Einnahmen stiegen um 2,5 % auf 29,2 Mrd. Euro. Der Anstieg resultierte unter anderem aus dem guten Neugeschäft mit Krankenzusatzversicherungen. Das ist eine deutliche Reaktion der gesetzlich Krankenversicherten auf die Einschnitte des Gesetzgebers in den Leistungskatalog der Krankenkassen. Im ersten Halbjahr 2007 verkaufte die Branche rund 645.000 neue Zusatzversicherungen. Zum Vergleich: 2006 wuchs der Bestand an Zusatzversicherten um 1,3 Mio. Personen.

Für die private Krankenvollversicherung ist es durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz 2007 noch einmal schwieriger geworden, neue Kunden zu gewinnen. Bereits seit dem Jahr 2003, als der Gesetzgeber die Versicherungspflichtgrenze deutlich an hob, nahm die Zahl der Neukunden Jahr für Jahr weiter ab. Im Februar 2007 ist die Hürde für einen Wechsel noch einmal höher gelegt worden: Für freiwillig gesetzlich versicherte Angestellte ist ein Wechsel in die private Krankenvollversicherung nun erst dann möglich, wenn ihr Einkommen drei aufeinander folgende Jahre über der Versicherungspflichtgrenze gelegen hat. Die Konsequenz: Der Nettoneuzugang ging um fast ein Viertel auf 37.700 Personen zurück.

ENTWICKLUNG DER KRANKENVERSICHERUNGSSPARTE*

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	29,2	+ 2,5 %
davon Voll- und Zusatzversicherung	27,3	+ 2,6 %
Private Pflegepflichtversicherung	1,9	+ 0,5 %
Ausgezahlte Leistungen	19,0	+ 4,5 %

* GDV-Zahlen, Stand November 2007

Kompositversicherer von Orkan Kyrill betroffen

Ein leicht gebremster Rückgang der Beitragseinnahmen gepaart mit einer negativen Schadenentwicklung prägte das Geschäftsjahr der Schaden- und Unfallversicherer. Der Orkan Kyrill im Januar 2007 blieb das bestimmende Ereignis im Schadenbereich. Vor allem in den Ergebnissen der Sachversicherungen, speziell in den Sparten Hausrat und Wohngebäude sowie bei der Kfz-Kaskoversicherung, hinterließ er tiefe Spuren. Die Branche zeigte hier auf eindrucksvolle Weise ihre Leistungsfähigkeit. Innerhalb kürzester Zeit wickelte sie rund 2,4 Mio. Einzelschäden ab und zahlte 2,4 Mrd. Euro an ihre Kunden. Kyrill ist damit das teuerste Einzelereignis in der Geschichte der deutschen Versicherungswirtschaft. Insgesamt stiegen die Schadenleistungen der Sparte um 8,3 % auf 43,1 Mrd. Euro an. Die Beitragseinnahmen sanken leicht um 0,4 % (2006: minus 0,7 %) auf 54,8 Mrd. Euro. Die Folge: Der versicherungstechnische Gewinn reduzierte sich deutlich von 4,6 Mrd. Euro auf 0,6 Mrd. Euro.

Kfz-Versicherer bremsen Rückgang der Beitragseinnahmen

Im Kraftfahrtgeschäft, das 38 % zu den Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherer beiträgt und damit die größte Einzelsparte ist, machte sich ein Umdenken bei der Prämiengestaltung für Privatkunden und die günstige gesamtwirtschaftliche Lage positiv bemerkbar. Während 2006 die Beitragseinnahmen noch um 3,6 % zurückgingen, halbierte sich 2007 dieses Minus auf 1,8 %. Insgesamt verzeichnete die Kfz-Sparte Beitragseinnahmen in Höhe von 20,8 Mrd. Euro.

ENTWICKLUNG DER SCHADEN- UND UNFALLVERSICHERUNG*

	2007 in Mrd. Euro	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	54,8	- 0,4 %
davon Kraftfahrt	20,8	- 1,8 %
Allgemeine Haftpflicht	6,9	+ 0,5 %
Unfallversicherung	6,3	+ 1,0 %
Rechtsschutzversicherung	3,1	+ 2,5 %
Sachversicherung	14,2	- 0,5 %
Ausgezahlte Leistungen	43,1	+ 8,3 %

* GDV-Zahlen, Stand Dezember 2007

Trotzdem reichte es für die Versicherer in der Kfz-Sparte nicht zu einem versicherungstechnischen Gewinn. Denn der Orkan Kyrill sorgte auf der Schadenseite dafür, dass sich der seit Jahren anhaltende Rückgang der Schadenleistungen umkehrte. 2006 gingen sie noch um 0,9 % zurück, 2007 stiegen die Schadenaufwendungen dagegen um 2,9 %. Insgesamt liegt das versicherungstechnische Ergebnis dieser Sparte deshalb erstmals seit 2002 wieder bei einem Verlust.

Sachversicherungen weiterhin im Minus

Der negative Trend in der Beitragsentwicklung bei den Sachversicherungen hielt weiter an, vor allem in den Privatkundensegmenten und in der Industriellen Sachversicherung. Gab es hier im Jahr 2006 noch Zuwächse, so gingen 2007 die Beitragseinnahmen zurück. Die Ursache: In der Industriellen Sachversicherung und in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung führte ein intensiver Preiswettbewerb zu Beitragssenkungen, in der Hausratversicherung wirkte sich eine Beitragsanpassungsklausel in den Verträgen mindernd auf die Beitragseinnahmen aus. Insgesamt sanken sie in den Sachversicherungen um 0,5 % auf 14,2 Mrd. Euro.

Auf der Schadenseite überlagerte Kyrill alle anderen Faktoren und führte zu einem Anstieg der Schadenaufwendungen um 26,6 % auf 12,3 Mrd. Euro – alleine in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung stiegen die Schadenaufwendungen um rund 55 %, in den gewerblichen Sachversicherungen um 35 %.

Das versicherungstechnische Ergebnis ging dadurch das dritte Jahr in Folge zurück und liegt sehr deutlich unter dem Plus von 1,1 Mrd. Euro des Jahres 2006.

R+V im Markt**Rentenversicherungsbericht 2007**

Ende November 2007 hat die Bundesregierung turnusgemäß den jährlichen Rentenversicherungsbericht vorgelegt.

Danach sinkt das Sicherungsniveau vor Steuern von 51,0 % im Jahr 2007 bis auf 46,2 % im Jahr 2021.

Für das Jahresende 2007 wird die Nachhaltigkeitsrücklage der gesetzlichen Rentenkasse auf lediglich 0,7 Monatsausgaben geschätzt. Positive Effekte, wie die gute konjunkturelle Entwicklung und die Anhebung des Beitragssatzes von 19,5 % auf 19,9 % zum 1. Januar 2007 sind bereits in die Schätzung eingeflossen.

Am 1. Juli 2006 betrug die durchschnittliche monatliche Zahlung aus der gesetzlichen Rentenkasse für Männer 964 Euro, für Frauen 519 Euro. Hierbei sind auch Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit mit berücksichtigt.

Da die Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung die Einnahmen überstiegen, musste der Bund im Jahr 2006 etwa 60 Mrd. Euro Zuschüsse leisten.

Schon allein aus diesen wenigen Eckdaten wird deutlich, dass die gesetzliche Rente der Ergänzung durch die private Altersvorsorge und die betriebliche Altersversorgung bedarf. Zu dieser Schlussfolgerung kommt auch die Bundesregierung, wenn sie im Rentenversicherungsbericht 2007 schreibt: „Der Rückgang des Sicherungsniveaus vor Steuern macht deutlich, dass die gesetzliche Rente zukünftig alleine nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen. In Zukunft wird der erworbene Lebensstandard nur erhalten bleiben, wenn die finanziellen Spielräume des Alterseinkünftegesetzes und die staatliche Förderung genutzt werden, um eine zusätzliche Vorsorge aufzubauen.“

Altersvorsorge macht Schule

Unter diesem Motto hat sich eine Initiative gegründet, die den Bürgern über bundesweite Kursangebote an über 500 Volkshochschulen die Notwendigkeit eigenverantwortlicher Ergänzung der staatlichen Altersvorsorge nahe bringen will. Getragen wird die Initiative von einem breiten Bündnis aus der Bundesregierung, dem Deutschen Volkshochschul-Verband e.V., der Deutschen Rentenversicherung, dem Deutschen Gewerkschaftsbund, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und dem Dachverband der deutschen Verbraucherzentralen.

Auch dies zeigt:

- Altersvorsorge ist eines der großen Themen, welche die Deutschen bewegen.
- Die Notwendigkeit eigenverantwortlicher, zusätzlicher Altersvorsorge wird quer über alle Gesellschaftsschichten akzeptiert.
- Der Beratungsbedarf ist hoch.
- Ergänzende Altersvorsorge ist der Markt der Zukunft.

Enge Zusammenarbeit im genossenschaftlichen Finanzverbund

Garant für die Wahrnehmung des Auftrags der R+V als Vorsorgespezialist im Verbund ist die ständige, enge Zusammenarbeit mit den Volks- und Raiffeisenbanken.

Gewährleistet wird dies auf Managementebene durch gemeinsame Gremien zur Abstimmung der Vertriebsziele und Produkte. Außerdem wird R+V dabei durch regionale Beiräte aus dem genossenschaftlichen Bereich unterstützt.

Auf Mitarbeiterebene gibt es einen ständigen Austausch zwischen dem Außendienst der R+V und den zuständigen Bankmitarbeitern. Gemeinsame Schulungen und Weiterbildungen sowie Selbstlernprogramme stellen einen gleichbleibend hohen Qualitätsstandard in der Beratung sicher.

Computerbasierte Beratungsprogramme vereinfachen das Arbeiten ebenso wie die Möglichkeit, einen Antrag am Point of Sale abschließend annehmen und policieren zu können.

Eine Vernetzung der elektronischen Unterstützungs- und Informationssysteme sorgt für aktuelle Informationen und jederzeitige Verfügbarkeit der Beratungstools am Vertriebsarbeitsplatz.

Maßgeschneiderte Produkte in der betrieblichen Altersversorgung

Die betriebliche Altersversorgung ist einer der wichtigsten Bestandteile der eigenverantwortlichen Altersvorsorge und insofern für R+V von großer Bedeutung. Daher bietet R+V einzelvertragliche Gestaltungen ebenso wie die Absicherung im Rahmen von Gruppenverträgen wie beispielsweise im Versorgungswerk MetallRente oder durch unternehmensindividuelle Speziallösungen an. Die bewährten und bestehenden Produkte entwickelt R+V laufend weiter und konzipiert zusätzlich vollständig neue und innovative Vorsorgelösungen.

R+V bietet Konzepte für alle fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung an. Die R+V Pensionskasse AG deckt dabei mit ihren Produkten einen dieser Durchführungswege ab.

Modernes Verwaltungssystem erleichtert Erfolg und Service

Innovative Altersvorsorgelösungen brauchen für ihre Markteinführung ein flexibles Verwaltungssystem, welches in der Lage ist, moderne Produktmerkmale abzubilden. R+V hat zu diesem Zweck ein leistungsfähiges Bestandsführungssystem entwickelt. Damit werden seit 2002 schrittweise die verschiedenen alten Bestandsführungssysteme der R+V abgelöst und die Bestände in ein einziges System übertragen. R+V ist damit in der Lage, schnell und flexibel auch spartenübergreifende Bündel- oder Hybridprodukte einzuführen. Neue Anforderungen des Gesetzgebers sowie Schnittstellenänderungen zu den zentralen Systemen der R+V müssen nur einmal umgesetzt werden. Dadurch werden Wartungs- und Weiterentwicklungskosten eingespart. Durch einheitliche Benutzeroberflächen und Dialoge wird die Sachbearbeitung vereinfacht und der Service gegenüber den Kunden weiter optimiert.

Geschäft und
Rahmenbedingungen /
Geschäftsverlauf der
R+V Pensionskasse AG

Das Projekt hat im August 2007 einen wichtigen Meilenstein erreicht. Über eine Million Rentenverträge verschiedener Gesellschaften der R+V wurden erfolgreich auf das neue System übertragen.

Umsetzung der Vermittlerrichtlinie

Um den erhöhten Anforderungen an die Transparenz der Beratung Genüge zu tun, hat R+V Beratungsprotokolle entwickelt und schon sehr früh mit ausgewählten Pilotbanken getestet. Dabei hat sich diese Lösung als sehr praktikabel erwiesen. Sämtliche Beratungsprotokolle sind nun in die den Banken zur Verfügung stehenden Beratungstools technisch integriert und erweisen sich als hilfreich beim Verkauf.

Hinsichtlich der verschärften Vermittlerhaftung sichert R+V die vermittelnden Banken über Haftungsfreistellungen oder Versicherungspolice gegen mögliche Schadensersatzansprüche ab.

Bis zum 1. Januar 2009 müssen alle gewerblich tätigen Versicherungsvermittler im zentralen Vermittlerregister gemeldet sein. Für ausschließlich für R+V vermittelnde Banken übernimmt R+V die Registrierung. Mehrfach vermittelnde Banken unterstützt R+V bei der Beantragung einer gewerberechtliche Erlaubnis bei der für sie zuständigen Industrie- und Handelskammer.

Umsetzung der VVG-Reform

Mit einem konzernweit hohen Aufwand hat sich R+V auf die Umsetzung der VVG-Reform zum 1. Januar 2008 vorbereitet. Tarife, Bedingungswerke, Dokumente, Akquise- und Geschäftsprozesse sowie die Vergütungssystematik sind auf die veränderten Anforderungen ausgerichtet.

Der Antragsprozess ist künftig nach dem sogenannten Antragsmodell gestaltet: Der Kunde erhält zuerst alle Unterlagen, anschließend wird der Antrag aufgenommen. Nach der Antragsbearbeitung wird die Police versandt und der Vertrag kommt zustande.

In der Überschussystematik wurde erstmals explizit eine Beteiligung an den Bewertungsreserven im Unternehmen eingeführt.

Die technische Umsetzung und die notwendigen Schulungsmaßnahmen sind weitestgehend abgeschlossen. R+V ist somit auf das Jahr 2008 sehr gut vorbereitet und hält für alle Problemfelder, die sich aus der Reform ergeben können, adäquate Lösungskonzepte vor.

Für das Geschäftsjahr 2008 verbleibt insbesondere die Umsetzung der Informationspflichtenverordnung.

Geschäftsverlauf der R+V Pensionskasse AG

Geschäftsverlauf im Überblick

Im zweiten Geschäftsjahr seit der Aufnahme des Geschäftsbetriebs im Jahr 2006 betrug der Neubeitrag 9,8 Mio. Euro.

Die Beitragseinnahme verzeichnete mit 101,8 Mio. Euro ein Plus von 6,9 %.

Der Bestand wuchs um 7,2 % auf 86 Tsd. Verträge mit einem jährlichen Beitragsvolumen von insgesamt 103,1 Mio. Euro. Die Stornoquote lag bei 4,7 %.

Es entstand ein Jahresfehlbetrag von 0,5 Mio. Euro, der sich aus einem versicherungstechnischen Ergebnis von 0,6 Mio. Euro und einem nicht versicherungstechnischen Ergebnis von Minus 1,1 Mio. Euro zusammensetzt. Der entstandene Fehlbetrag wurde vollständig durch Entnahme aus der gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG dafür eingerichteten Rücklage ausgeglichen.

Verlässlichkeit und Kompetenz – die R+V Pensionskasse AG

Fest eingebettet in den R+V Konzern steht die R+V Pensionskasse AG wie die übrigen Gesellschaften der R+V aufgrund einer auf langfristige Solidität ausgerichteten Unternehmenspolitik für Verlässlichkeit, Stärke und Service.

Alle Verpflichtungen der R+V Pensionskasse AG waren zum 31. Dezember 2007 in vollem Umfang durch entsprechende Kapitalanlagen des gebundenen Vermögens bedeckt.

Das Alterseinkünftegesetz hat frühere Alleinstellungsmerkmale des Durchführungswegs Pensionskasse innerhalb der betrieblichen Altersversorgung aufgehoben. Pensionskassen sind seit der Einführung des Gesetzes hinsichtlich der Rahmenbedingungen mit der Direktversicherung gleichgestellt und stehen daher verstärkt im Wettbewerb mit den übrigen Durchführungswegen der betrieblichen Altersversorgung. Die Pensionskassenprodukte selbst haben jedoch nichts von ihrer Attraktivität verloren und bieten den Kunden daher weiterhin eine sinnvolle Möglichkeit, ergänzend für das Alter vorzusorgen.

Als Vorsorgepartner begleitet R+V ihre Kunden mit hoher Beratungskompetenz. Auch deshalb ist die R+V Pensionskasse AG bereits seit ihrer Gründung Konsortialmitglied im Versorgungswerk MetallRente.

Die R+V Pensionskasse AG ist freiwilliges Mitglied im Sicherungsfonds für die Lebensversicherer.

Versicherungsarten

Die R+V Pensionskasse AG bietet Versicherungen in Form von beitragsorientierten Leistungszusagen sowie Beitragszusagen mit Mindestleistungen an. Ergänzend zu den Altersrenten können Zusatzversicherungen zur Versorgung von Hinterbliebenen und zur Absicherung für den Fall der Berufsunfähigkeit eingeschlossen werden.

Entwicklung des Versicherungsgeschäftes

Im Geschäftsjahr 2007 wurden bei der R+V Pensionskasse AG 7.527 neue Verträge mit einem laufenden Beitrag von 9,1 Mio. Euro abgeschlossen. Hinzu kam ein einmaliger Neubeitrag von 0,7 Mio. Euro. Auf das Konsortialgeschäft entfiel ein Neubeitrag in Höhe von 2,5 Mio. Euro.

Zum 31. Dezember 2007 verwaltete die R+V Pensionskasse AG 86 Tsd. Verträge. Der laufende Beitrag des Bestandes wuchs um 4,0 % auf 103,1 Mio. Euro an. Auf den Bestand des Konsortialgeschäfts entfielen davon 22,5 Mio. Euro.

Die Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen ist der Anlage zum Lagebericht auf den Seiten 22 und 23 zu entnehmen.

Im Jahr 2007 erbrachte die R+V Pensionskasse AG zu Gunsten der Versicherungsnehmer Leistungen in Höhe von 103,2 Mio. Euro: In Form von Versicherungsleistungen, Rückkaufsleistungen und Überschüssen wurden davon 4,0 Mio. Euro ausgezahlt. Zur Bedeckung künftiger Leistungsverpflichtungen wurden Rückstellungen in Höhe von 99,2 Mio. Euro gebildet.

Ertragslage

Beiträge

Die Beiträge der R+V Pensionskasse AG übertrafen mit 101,8 Mio. Euro erstmals die 100 Millionen-Grenze. Sie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 6,9 % an und setzten sich aus 101,1 Mio. Euro laufendem Beitrag und 0,7 Mio. Euro Einmalbeitrag zusammen.

Aufwendungen

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle betragen im Geschäftsjahr 3,5 Mio. Euro. Da der Bestand noch relativ jung ist, entfiel der größte Teil davon auf Rückkäufe.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb konnte die R+V Pensionskasse AG deutlich reduzieren. Die Abschlussaufwendungen sanken um 29,5 % auf 8,2 Mio. Euro. Gemessen an der Beitragssumme des Neugeschäfts ergibt sich damit ein Abschlusskostensatz von 3,3 %.

Die Verwaltungsaufwendungen sanken um 8,8 % auf 1,7 Mio. Euro. Gemessen an der Beitragseinnahme ergibt sich ein Verwaltungskostensatz von 1,7 %.

Ergebnis aus Kapitalanlagen

Das Geschäftsjahr 2007 wurde in der zweiten Hälfte von den – durch die Subprimekrise in den USA ausgelöst – Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten geprägt. Die Auswirkungen betrafen die R+V Pensionskasse AG nicht direkt, da sie im Subprimesegment und in Asset-Backed-Securities nicht investiert war.

Das ordentliche Ergebnis aus Kapitalanlagen lag mit 10,2 Mio. Euro über dem Vorjahreswert in Höhe von 6,4 Mio. Euro. Das außerordentliche Ergebnis in Höhe von 0,4 Mio. Euro setzte sich hauptsächlich aus Veräußerungsgewinnen durch den Verkauf von Investmentanteilen zusammen. Abschreibungen hat die R+V Pensionskasse AG nur in geringem Ausmaß vorgenommen, da sie § 341b HGB nutzte und festverzinsliche Wertpapiere als Anlagevermögen bewertete. Hierdurch wurden Wertanpassungen in Höhe von 0,7 Mio. Euro unterlassen, deren Kursminderungen voraussichtlich nur vorübergehend waren.

Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen betrug dementsprechend 10,6 Mio. Euro gegenüber 6,1 Mio. Euro im Vorjahr. Die Nettoverzinsung ergab einen Wert von 4,3 %.

Rechnungsgrundlagen

Pensionskassen sind gesetzlich verpflichtet, in der Kalkulation vorsichtige Annahmen bezüglich Zins, Biometrie sowie Kosten zu treffen. Entstehende Überschüsse werden in Form der Überschussbeteiligung weitestgehend an die Versicherungsnehmer weitergegeben.

Untersuchungen – unter anderem der deutschen Aktuarvereinigung (DAV) – haben ergeben, dass die biometrischen Risikoverläufe, das heißt die Sterblichkeiten und die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, bei Männern und Frauen unterschiedlich sind. So haben Männer beispielsweise eine niedrigere Lebenserwartung als Frauen. Die DAV veröffentlicht die Ergebnisse ihrer Untersuchungen auf ihrer Homepage im Internet in Form von sogenannten Sterbe- und Invalidisierungstafeln.

Die R+V Pensionskasse AG berücksichtigt die unterschiedlichen Risikoverläufe durch die Verwendung geeigneter, geschlechtsspezifischer Rechnungsgrundlagen.

Die wesentlichen Quellen des Rohüberschusses

Zins-, Kosten- und Risikoergebnis bildeten die wesentlichen Quellen des Rohüberschusses. Alle drei Ergebnisquellen waren im Berichtsjahr positiv.

Wie in den Vorjahren stellte das Zinsergebnis die größte Überschussquelle dar.

Als zweitgrößte Quelle floss in den Rohüberschuss das Kostenergebnis ein, da die vorgesehenen Mittel zur Deckung der Kosten im Geschäftsjahr nicht in vollem Umfang benötigt wurden.

Wegen der vorsichtigen Einschätzung der Sterblichkeit und anderer Risiken war die dritt wichtigste Überschussquelle der Risikoüberschuss, der gegenüber dem Vorjahr erneut angestiegen ist.

Gesamtergebnis

Die R+V Pensionskasse AG ist eine junge Gesellschaft. Wegen der zum Aufbau eines tragfähigen Bestandes notwendigen Investitionen entstand im Geschäftsjahr 2007 ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 0,5 Mio. Euro. Er wurde durch Entnahme aus dem speziell dafür eingerichteten Organisationsfonds ausgeglichen.

Überschussbeteiligung

Durch die Überschussbeteiligung werden die Versicherungsnehmer entstehungsgerecht und zeitnah an allen erwirtschafteten Überschüssen beteiligt.

Im Geschäftsjahr 2008 werden Versicherungsnehmer von Pensionsversicherungen erstmals explizit an Bewertungsreserven beteiligt. Der Stand der Bewertungsreserven im Unternehmen kann unterjährig aufgrund von Änderungen am Kapitalmarkt stark schwanken. Um dem Ziel der Kontinuität bei den Aus-

zahlungen Rechnung zu tragen, deklariert R+V die Beteiligung an den Bewertungsreserven bis zu einem bestimmten Niveau ein Jahr im Voraus. Damit ist die Beteiligung unabhängig vom tatsächlichen Stand der Bewertungsreserven bis zu einem Mindestniveau gesichert.

Die für das Versicherungsjahr 2008 deklarierten Überschussanteilsätze sind auf den Seiten 45 – 50 aufgeführt.

Finanzlage

Die R+V Pensionskasse AG verfügte zum 31. Dezember 2007 über ein Eigenkapital in Höhe von insgesamt 21,9 Mio. Euro (2006: 22,4 Mio. Euro).

Das Eigenkapital setzt sich zusammen aus dem gezeichneten Kapital in Höhe von 10,1 Mio. Euro und der Kapitalrücklage in Höhe von 11,8 Mio. Euro. Von der Kapitalrücklage entfallen 1,8 Mio. Euro auf die Rücklagen gemäß § 5 Abs. 3 VAG (Organisationsfonds).

Der Jahresfehlbetrag 2007 in Höhe von 0,5 Mio. Euro wurde durch Entnahme aus dem Organisationsfonds ausgeglichen.

Neben dem Eigenkapital verfügt die R+V Pensionskasse AG über zusätzliche Eigenmittel in Form nachrangiger Verbindlichkeiten in Höhe von 5,0 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten wurden von der R+V Lebensversicherung a. G. gezeichnet und sind 2016 fällig.

Das Eigenkapital der R+V Pensionskasse AG sowie die nachrangigen Verbindlichkeiten sind wesentliche Bestandteile zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen, insbesondere auch im Hinblick auf die bevorstehende Neuausrichtung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen im Zuge der Einführung von Solvency II.

Die R+V Pensionskasse AG konnte im Geschäftsjahr 2007 jederzeit ihre Auszahlungsverpflichtungen erfüllen. Anhaltspunkte für eine künftige Liquiditätsgefährdung sind nicht erkennbar.

Vermögenslage

Die Kapitalanlagen der R+V Pensionskasse AG wiesen für das Geschäftsjahr 2007 ein erhebliches Wachstum in Höhe von 45,5 % bzw. um 91,1 Mio. Euro auf, so dass sich der Bestand zum 31. Dezember 2007 auf 291,3 Mio. Euro belief. Den überwiegenden Anteil nahmen die Investitionen in Zinstitel ein.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben die internationalen Kapitalmärkte erhebliche Verwerfungen und eine deutliche Zunahme der Volatilitäten gezeigt. Die R+V Pensionskasse AG hat die sich daraus ergebenden Konsequenzen für das Anlageportfolio analysiert und beispielsweise gezielte Absicherungsmaßnahmen ergriffen, um die daraus erwachsenden Risiken zu begrenzen.

Darüber hinaus sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres zu verzeichnen.

Risikobericht

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der R+V Pensionskasse AG ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Es umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen.

Ein über alle Gesellschaften der R+V implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zum Umgang mit Risiken fest und ist Grundlage für ein zentrales Frühwarnsystem. Auf Basis verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte erfolgt vierteljährlich eine aktualisierte Indexbewertung aller bedeutenden Risiken der R+V in einer Datenbank. Bei Überschreitung eines bestimmten Indexwertes werden Maßnahmen eingeleitet.

Die Überschussbeteiligung für 2008 ist bereits deklariert. Die jährliche Deklaration der Überschussbeteiligung erfolgt so, dass unter Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Zinserträge noch genügend Mittel zur Absicherung des Zinsgarantierisikos zur Verfügung stehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Uneinbringliche Forderungen gegenüber Versicherungsnehmern werden unmittelbar als Minderung der Beitragseinnahmen gebucht. Dem entsprechenden Ausfallrisiko wird durch eine angemessene Pauschalwertberichtigung Rechnung getragen, die nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit des übernommenen Bestandes ausreichend bemessen ist. Dies gilt ebenso für das Ausfallrisiko auf Forderungen gegenüber Versicherungsvermittlern.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen nicht.

Kapitalanlagerisiken

Bei der Erstellung des Produktes Versicherungsschutz sehen sich Versicherungsunternehmen im Rahmen der Kapitalanlage Markt-, Bonitäts- sowie Liquiditätsrisiken ausgesetzt. Diese können zu einem dauerhaften Wertverlust der Kapitalanlagen führen und – in letzter Konsequenz – die Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge gefährden. Insoweit besitzt das Kapitalanlagerisiko immer den Charakter eines Asset-Liability-Risikos. Die R+V Pensionskasse AG begegnet diesen Risiken durch eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Dabei folgt die Vermögensanlage der Gesellschaft der generellen Leitlinie einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Versicherungsunternehmens. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ist die Anlagepolitik der R+V dem Ziel der Risikominimierung in besonderem Maße verpflichtet.

Durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagerichtlinien und Kontrollverfahren, eine per-

spektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen gewährleistet die R+V Pensionskasse AG die Einhaltung der Anlageverordnung sowie weiterer aufsichtsrechtlicher Anlagegrundsätze und Regelungen.

Die R+V Pensionskasse AG setzt derivative Finanzinstrumente, Strukturierte Produkte oder Asset Backed Securities ausschließlich nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen ein. Innerbetriebliche Richtlinien regeln explizit deren Behandlung und enthalten Volumen- und Kontrahentenlimite.

Ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen ermöglicht die regelmäßige Überwachung und transparente Darstellung der verschiedenen Risiken. R+V wendet Standard- und Worst-Case-Szenarien an, wodurch die Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf das Kapitalanlageportfolio simuliert werden.

Zusätzlich führt die R+V Pensionskasse AG jährlich von der BaFin vorgeschriebene Stress-Tests durch. Damit wird überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Unter Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2007 auf den 31. Dezember 2008 und Beibehaltung der in 2007 angewandten Methoden zur Ermittlung von dauerhaften Wertminderungen wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis leisten.

Aufgrund des starken Zinsanstiegs in 2007 haben sich überwiegend bei Namenstiteln stille Lasten gebildet, die sich nicht ergebniswirksam auswirkten.

Auf organisatorischer Ebene begegnet die R+V Pensionskasse AG Anlagerisiken durch eine strikte funktionale Trennung von Handel, Abwicklung und Controlling.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Einzelnen:

- das Marktrisiko: das Risiko, aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Faktoren wie Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen Verluste zu erleiden.
- das Bonitätsrisiko: das Risiko, aufgrund des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten Verluste zu erleiden bzw. Gewinne nicht realisieren zu können.
- das Liquiditätsrisiko: das Risiko, aufgrund von nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – nicht jederzeit nachkommen zu können.

Marktrisiko

Zur Messung möglicher Marktrisiken ihrer Kapitalanlagen führte die R+V Pensionskasse AG Szenarioanalysen unter folgenden Prämissen durch: Für direkt und über Fonds gehaltene Aktien wurde die Auswirkung eines 20-prozentigen Kursrückgangs auf den Zeitwert dieser Positionen simuliert.

Für festverzinsliche Wertpapiere, Hypotheken-, Grundschild- und Rentenschuldforderungen sowie für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Auswirkungen einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert dieser Wertpapiere und Ausleihungen ermittelt.

Darüber hinaus führt die R+V Pensionskasse AG für den Bestand aller zinstragenden Anlagen regelmäßig eine Durationsanalyse durch.

Bonitätsrisiko

Das Anlageverhalten der R+V Pensionskasse AG ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentration im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen zur Minimierung der Risiken beizutragen. Bei einem Großteil der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen handelt es sich

um Emissionen, die von der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlichen Instituten oder Banken mit hervorragendem Rating ausgegeben wurden, zum Beispiel Bundesanleihen oder Pfandbriefe.

Mehr als 99 % (2006: 99 %) dieser Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren weisen ein Standard & Poor´s Rating gleich oder besser als „A“, mehr als 79 % (2006: 85 %) eines gleich oder besser als „AA“ auf.

Liquiditätsrisiko

Die R+V Pensionskasse AG überwacht und steuert ihre Liquiditätsrisiken zentral. In die Steuerung sind sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen sowie der allgemeinen Verwaltung einbezogen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb. Sie entstehen durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagement Schwächen oder durch externe Einflüsse.

Das interne Kontrollsystem

Das wesentliche Instrument der R+V zur Begrenzung der operationellen Risiken ist das interne Kontrollsystem. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und durch die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme durch die Konzernrevision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen in der Verwaltung vorgebeugt. Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen werden weitestgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Auszahlungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Risikomanagement im Vertriebsbereich

Den Vertriebsrisiken begegnet R+V mit intensiven Schulungen des Außendienstes und einem Bündel von analysierenden und qualitätssichernden Maßnahmen, wozu insbesondere geeignete Annahmerichtlinien gehören.

Die Vertriebsorganisation wird entsprechend den sich ändernden Anforderungen im Markt für Vorsorge und Versicherung ständig funktional und personell weiterentwickelt und qualifiziert.

Die vertrieblichen Risiken werden anhand von Frühwarnindikatoren, die insbesondere die Veränderungen im Markt und Wettbewerb anzeigen, laufend und systematisch beobachtet; gegebenenfalls werden hieraus frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Abwehr bzw. Vermeidung dieser Risiken ergriffen. Der Risikomanagementprozess umfasst die gesamte Vertriebsstruktur, das heißt sowohl die zentralen als auch die dezentralen Organisationseinheiten.

Am 22. Mai 2007 ist das Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts in Kraft getreten. R+V hat sich auf dieses Gesetz frühzeitig vorbereitet und die entsprechenden Veränderungen in Geschäftsprozessen, wie beispielsweise die Einführung von Beratungsprotokollen im Verkauf, zusammen mit den Vertriebspartnern umgesetzt. Die Aktivitäten für die Registrierung der Vermittler im gesetzlich vorgesehenen Vermittlerregister wurden so zeitnah begonnen, dass die Registrierung der gebundenen Versicherungsvermittler der R+V bereits erfolgen konnte.

Risikomanagement im IT-Bereich

Durch die enge Verzahnung von Geschäftsprozessen und IT-Abläufen ist es erforderlich, die IT-Unterstützung flexibel und anpassungsfähig an sich ändernde Rahmenbedingungen aufzustellen. Dies wird durch eine prozess- und serviceorientierte Ausrichtung der IT-Organisation erreicht.

Im IT-Bereich gewährleisten umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Daten und

Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungs-Systemen. R+V hat hier Vorsorge getroffen durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen R+V-Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Als Maßnahme einer unabhängigen Prüfung der Disaster Recovery Capability werden ab dem ersten Quartal 2008 darüber hinaus die Daten auf einen Bandroboter an einem ausgelagerten, entfernten Standort gespiegelt. Somit sind die Daten auch nach einem Totalverlust aller Rechenzentrumsstandorte in Wiesbaden vorhanden.

Die Telekommunikationsinfrastruktur ist hochredundant ausgelegt – sowohl intern in den Gebäuden als auch für den Zugriff zum externen Netz.

Die IT-Sicherheitsstrategie wird kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig geprüft. Für 2008 ist die Durchführung einer unabhängigen Prüfung der Informationssicherheit in Planung.

Die Qualitätssicherung im IT-Bereich erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. Alle servicerelevanten Ereignisse werden erfasst und entsprechend ihrer Klassifizierung verfolgt. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. In monatlich stattfindenden Konferenzen werden unter Beteiligung aller IT-Bereichsleiter bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte in Bezug auf Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten Problemschwerpunkte eskaliert, Gegenmaßnahmen abgestimmt und verfolgt sowie Konzepte zur Störungsvermeidung erarbeitet und umgesetzt.

Risikobeurteilung bei großen Projekten und Investitionen

Für die Planung und Durchführung von Projekten und Investitionen hat R+V verbindliche Vorgaben festgelegt. Die größeren Projekte und Investitionen werden je nach Themenschwerpunkt regelmäßig in der Investitions-, Produktkommission oder in dem Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse, Probleme und (Gegen-)Maßnahmen sowie Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Kurskorrekturen werden sofort eingeleitet. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit der Risikokonferenz der R+V.

Externe Einflüsse

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen einer ständigen Beobachtung, um rechtzeitig auf Chancen und Risiken reagieren zu können.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherer sowie die nach Art der Lebensversicherung betriebenen Pensionskassen und ihr Geschäftsmodell ist das reformierte und ab 1. Januar 2008 in Kraft getretene VVG.

Die Ziele der Reform sind die Modernisierung des Rechts, eine Erhöhung der Transparenz und die Verbesserung des Verbraucherschutzes. R+V begrüßt diese Ziele grundsätzlich, durch das VVG wird sich das Produkt Versicherung qualitativ weiter verbessern. Durch die gegenüber dem im März 2006 veröffentlichten Entwurf des Gesetzes vorgenommenen Änderungen sind die Risiken für die Versicherungsunternehmen nunmehr zum Teil deutlich verringert worden.

Die ursprünglich vorgesehene Rückwirkung der neuen Rückkaufwertregelungen auf bestehende Verträge wurde im verabschiedeten Gesetz gestrichen. Damit sind die entsprechenden Zusatzkosten deutlich gemindert worden.

Die vorgesehene Form der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven sieht unter anderem nach wie vor die Einbeziehung von Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen vor. Allerdings wurde nunmehr das Primat auf-

sichtsrechtlicher Regelungen gegenüber dem VVG klargestellt. Dies ermöglicht ein Eingreifen in die Beteiligung an den Bewertungsreserven bei gewissen Kapitalmarktentwicklungen, um die künftige Risikotragfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Hierzu sind entsprechende Einzelanpassungen des Versicherungs-Aufsichtsrechts zu erwarten.

Die Neuregelungen bezüglich der Rückkaufswerte und der Überschussbeteiligung sind in der Auslegung von Einzelfragen nunmehr geklärt, die Regelungen zur Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven sind mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht grundsätzlich abgestimmt. Damit ist das Risiko minimal, dass entsprechende Verfahrensfragen in gerichtlichen Verfahren geklärt werden.

R+V hat frühzeitig im April 2006 mit der Umsetzung der Anforderungen aus dem neuen VVG in einem zentralen Vorhaben begonnen und termingerecht zum 1. Januar 2008 erfüllt. Sämtliche für die Abwicklung des Versicherungsgeschäfts notwendigen Prozesse laufen seither reibungslos. In 2008 sind noch Restaktivitäten zur Umsetzung der dem VVG zugeordneten Informationspflichtenverordnung sowie zur Umstellung der Versicherungsbedingungen und zur Anpassung von VVG-Regelungen des Bestands mit Abschlussdaten vor dem 1. Januar 2008 zu erledigen; das VVG sieht diese Bestandsanpassungen mit Wirkung ab 1. Januar 2009 vor. Aus diesen Aktivitäten sind keine besonderen Risiken zu erwarten.

Die R+V Pensionskasse AG hat damit die Herausforderungen der VVG-Reform weitgehend bewältigt und wird die damit zusammenhängenden Chancen nutzen.

Solvency II

Die EU-Kommission arbeitet seit einigen Jahren intensiv an einem neuen Aufsichtsmodell für Versicherungen mit dem Arbeitstitel Solvency II.

Die im Juli 2007 erschienene Rahmenrichtlinie enthält erste Konkretisierungen hinsichtlich der Ausgestaltung des 3-Säu-

len Konzeptes. Zentraler Ausgangspunkt ist eine ganzheitliche Beurteilung und Steuerung der Risiken und der Kapitalausstattung eines Versicherungsunternehmens.

R+V ist durch interne Projekte und Arbeitskreise sowie durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des GDV und der BaFin auf die künftigen Herausforderungen eingestellt und schafft somit die Grundlage einer erfolgreichen Umsetzung der mit Solvency II einhergehenden Anforderungen. Die aktuellen Ergebnisse der von der Aufsicht initiierten quantitativen Auswirkungstudien (QIS) zeigen, dass R+V auf Grund seiner hohen Solvenzmittel überdurchschnittliche Bedeckungen erzielt. Parallel entwickelt R+V ein internes ökonomisches Risikokapitalmodell, welches den zukünftigen Anforderungen an Interne Modelle entspricht.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Der Kapitalisierungsgrad repräsentiert die Risikotragfähigkeit der R+V Pensionskasse AG. Die aktuell gültigen Solvabilitätsanforderungen wurden von der R+V Pensionskasse AG deutlich übertroffen. Bei einer Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2007 auf den 31. Dezember 2008 ist die Erfüllung der Solvabilität weiterhin gewährleistet.

Die hier skizzierten Instrumente und Analysemethoden zeigen, dass der R+V Pensionskasse AG ein umfassendes System zur Verfügung steht, das im Sinne eines effizienten Risikomanagements den Erfordernissen der Identifikation und Bewertung von Risiken gerecht wird.

Hieraus sind zurzeit keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der R+V Pensionskasse AG nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

Prognosebericht

Wirtschaftliches Umfeld

Für das Jahr 2008 ist mit einem moderaten Wirtschaftswachstum zu rechnen. Für die Konjunktorentwicklung in Deutschland gehen von der Weltwirtschaft erhebliche Unsicherheiten aus. Ein schwacher Dollar und der hohe Ölpreis sowie eine Ausweitung der US-Immobilienkrise auf die internationale Finanzwirtschaft können die gute Entwicklung auch in Deutschland negativ beeinflussen. Von daher rechnen Experten nur mit einem Wachstum von bis zu 2 %.

Die Versicherungswirtschaft erwartet einen leicht unter dem Wachstum der Wirtschaft liegenden Anstieg der Beitragseinnahmen von 1,5 %.

In Anbetracht des gestiegenen Vorsorgebedarfs in der Bevölkerung ist für die Lebensversicherungsunternehmen, Pensionskassen und Pensionsfonds mit positiven Impulsen zu rechnen.

Situation an den Kapitalmärkten

Insgesamt richtet R+V ihre Kapitalanlagestrategie weiterhin auf Sicherheit, Liquidität und Rendite aus. Die Anforderungen aus Solvency II werden – soweit bekannt und praktikabel – bereits heute berücksichtigt.

Aufgrund der Kapitalmarktentwicklung ist im Jahr 2008 keine wesentliche Änderung der Reserveposition in den Kapitalanlagen der R+V Pensionskasse AG zu erwarten. Durch steigende Zinsen ergeben sich für die Gesellschaft jedoch verbesserte Neuanlagekonditionen. Darüber hinaus werden durch den Einsatz geeigneter Sicherungsmaßnahmen im Rahmen des Risikomanagements die außerordentlichen Aufwendungen begrenzt.

Die dauerhafte Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen stellt die R+V Pensionskasse AG durch einen hohen Anteil festverzinslicher Wertpapiere im Kapitalanlagebestand sicher.

R+V im Markt

Auch künftig ist zu erwarten, dass sich die äußeren Rahmen- und Marktbedingungen für die Versicherungswirtschaft weiter verändern werden.

Wie schon in der Vergangenheit wird R+V die sich daraus ergebenden Chancen nutzen. Risiken, die sich aus den Änderungen entwickeln, werden erkannt und beherrschbar gemacht.

Dank ausgezeichneter Kennzahlen, hoher Beratungskompetenz und Vertriebskraft sowie motivierter Mitarbeiter sind die Aussichten der R+V auf eine positive Gesellschaftsentwicklung auch in 2008 gut. Komplettiert werden die Erfolgsfaktoren für den Wettbewerb durch die enge Zusammenarbeit mit den genossenschaftlichen Primärbanken und eine vollständige, moderne und marktgerechte Produktpalette.

Im Bereich der betrieblichen Altersversorgung rechnet R+V wegen des nachhaltigen Vorsorgebedarfs mit einer positiven Geschäftsentwicklung. Auf das Neugeschäft der R+V Pensionskasse AG wird sich weiterhin die Konkurrenz zu den anderen Durchführungswegen der betrieblichen Altersvorsorge dämpfend auswirken. Dennoch ergeben sich insbesondere aus der guten Einbindung in die Metallverarbeitende Industrie Chancen auf weiteren Beitragszuwachs.

Neues VVG

Die explizite Beteiligung an den Bewertungsreserven und die gestärkten Verbraucherrechte erhöhen die Attraktivität von Pensionskassenprodukten nachhaltig. Auf der anderen Seite ist aufgrund des aufwendigeren Antragsprozesses eine Beeinträchtigung der Akquise gerade im Jahr 2008 nicht ausgeschlossen. Eine weitere Herausforderung wird darin bestehen, den Verzerrungen in der Darstellung der Pensionsversicherung im Vergleich zu Finanzprodukten korrigierend entgegen zu wirken, die sich aus der Informationspflichtenverordnung ergeben.

Fazit

Für das Geschäftsjahr 2008 ist bei der R+V Pensionskasse AG mit einem ausgeglichenen Geschäftsergebnis bei eher zurückhaltendem Neugeschäft zu rechnen.

Dank

Die Geschäftspartner im genossenschaftlichen Verbund, die verbundenen Berufsstände und die selbstständigen Agenturen haben auch im Jahr 2007 wieder einen großen Beitrag zum Erfolg der R+V Pensionskasse AG geleistet.

Ihnen spricht der Vorstand seinen Dank aus.

Wiesbaden, 3. März 2008

Der Vorstand

Anlage zum Lagebericht Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2007

A. BEWEGUNG DES BESTANDES AN PENSIONSVERSICHERUNGEN (OHNE ZUSATZVERSICHERUNGEN)

	Anwärter	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	48.544	32.013
II. Zugang während des Geschäftsjahres:		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	4.693	2.834
2. Sonstiger Zugang	15	1
3. Gesamter Zugang	4.708	2.835
III. Abgang während des Geschäftsjahres:		
1. Tod	67	24
2. Beginn der Altersrente	13	1
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	–	–
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	84	33
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	770	418
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	195	79
7. Sonstiger Abgang	43	38
8. Gesamter Abgang	1.172	593
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	52.080	34.255
Davon		
1. Beitragsfreie Anwartschaften	2.561	1.974
2. In Rückdeckung gegeben	–	–

B. BESTAND AN ZUSATZVERSICHERUNGEN

	Sonstige Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungs- verträge	Summe der Jahresrenten Euro
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	7.319	13.562.248
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	7.629	13.766.518
Davon in Rückdeckung gegeben	54	135.365

Jahresabschluss 2007

Bilanz

zum 31. Dezember 2007*

AKTIVA					
in Euro				2007	2006
A. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital				—,—	—,—
Davon eingefordert: — € (– €)					
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs				—,—	—,—
II. Geschäfts- oder Firmenwert				—,—	—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände				8.340.493,—	9.035.535,—
				8.340.493,—	9.035.535,—
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken				—,—	—,—
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen				—,—	—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen				19.600.000,—	7.500.000,—
3. Beteiligungen				—,—	—,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht				—,—	19.600.000,—
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				7.500.779,57	5.746.956,69
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				53.404.049,—	28.823.976,45
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen				—,—	—,—
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen				97.900.000,—	62.400.000,—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen				112.764.594,08	95.764.594,08
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine				—,—	—,—
d) Übrige Ausleihungen				126.797,46	210.791.391,54
5. Einlagen bei Kreditinstituten				—,—	—,—
6. Andere Kapitalanlagen				—,—	271.696.220,11
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft				—,—	—,—
				291.296.220,11	200.235.527,22
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				4.094.318,71	3.350.124,28

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Bilanz

in Euro				2007	2006
E. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) Fällige Ansprüche	1.291.942,77				1.278.198,71
b) Noch nicht fällige Ansprüche	2.198.968,—	3.490.910,77			4.715.769,—
2. Versicherungsvermittler		4.650.131,13			3.997.413,42
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		—,—	8.141.041,90		—,—
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			—,—		—,—
III. Sonstige Forderungen			280.784,52		251.786,64
Davon an:					
verbundene Unternehmen	183.288 €	(50.411 €)			
				8.421.826,42	10.243.167,77
F. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte					
			—,—		—,—
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand					
			230.265,51		221.894,46
III. Eigene Anteile					
			—,—		—,—
IV. Andere Vermögensgegenstände					
			56.242,20		8.117,64
				286.507,71	230.012,10
G. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB					
				—,—	—,—
H. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten					
			7.292.285,67		4.983.292,—
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten					
			11.590.901,51		12.043.630,79
				18.883.187,18	17.026.922,79
I. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag					
				—,—	—,—
Summe Aktiva				331.322.553,13	240.121.289,16

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten E. II. und F. I. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist; Altbestand im Sinne des § 11 c in Verbindung mit § 118 b Abs. 5 Satz 2 VAG ist nicht vorhanden.

Wiesbaden, 30. Januar 2008

Sprenger
Verantwortlicher Aktuar

Ich bescheinige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Wiesbaden, 29. Februar 2008

Schottler
Treuhänder

PASSIVA

in Euro		2007	2006
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		10.100.000,—	10.100.000,—
II. Kapitalrücklage		11.834.511,90	12.345.364,90
Davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	1.834.512 € (2.345.365 €)		
III. Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage		—,—	—,—
2. Rücklage für eigene Anteile		—,—	—,—
3. Satzungsmäßige Rücklagen		—,—	—,—
4. Rücklage gemäß § 58 Abs. 2a AktG		—,—	—,—
5. Andere Gewinnrücklagen		—,—	—,—
IV. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		—,—	—,—
Davon Gewinnvortrag / Verlustvortrag:	— € (— €)		
		21.934.511,90	22.445.364,90
B. Genusssrechtskapital			
		—,—	—,—
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			
		5.000.000,—	5.000.000,—
D. Sonderposten mit Rücklageanteil			
		—,—	—,—
E. Versicherungstechnische Rückstellungen			
I. Beitragsüberträge			
1. Bruttobetrag		9.781.732,—	9.902.140,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,— 9.781.732,—	—,—
II. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag		279.901.400,—	187.119.501,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,— 279.901.400,—	—,—
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
1. Bruttobetrag		92.341,99	190.885,49
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,— 92.341,99	—,—
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung			
1. Bruttobetrag		7.179.754,—	4.933.827,50
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,— 7.179.754,—	—,—
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		—,—	—,—
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen			
1. Bruttobetrag		—,—	—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,— —,—	—,—
		296.955.227,99	202.146.353,99
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			
I. Deckungsrückstellung			
1. Bruttobetrag		4.094.318,71	3.350.124,28
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,— 4.094.318,71	—,—
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen			
1. Bruttobetrag		—,—	—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		—,— —,—	—,—
		4.094.318,71	3.350.124,28

Bilanz

in Euro		2007	2006
G. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		—,—	—,—
II. Steuerrückstellungen		—,—	—,—
III. Voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB		—,—	—,—
IV. Sonstige Rückstellungen	97.890,—		55.500,—
		97.890,—	55.500,—
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			
		—,—	—,—
I. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:			
1. Versicherungsnehmern	2.526.612,11		1.596.924,45
2. Versicherungsvermittlern	138.738,62		301.564,22
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	— € (— €)		
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	—,— 2.665.350,73		—,—
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	1.741,59		1.603,38
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	1.742 € (1.603 €)		
III. Anleihen		—,—	—,—
Davon konvertibel:	— € (— €)		
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		—,—	—,—
Davon gegenüber: verbundenen Unternehmen	— € (— €)		
V. Sonstige Verbindlichkeiten		432.035,05	5.078.907,58
Davon:			
aus Steuern	— € (— €)		
im Rahmen der sozialen Sicherheit gegenüber	— € (— €)		
verbundenen Unternehmen	— € (4.529.647 €)		
Beteiligungsunternehmen	— € (— €)		
		3.099.127,37	6.978.999,63
K. Rechnungsabgrenzungsposten			
		141.477,16	144.946,36
Summe Passiva		331.322.553,13	240.121.289,16

Gewinn- und Verlustrechnung

vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007*

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG			
in Euro		2007	2006
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	101.775.710,78		95.236.476,18
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	3.280,80	101.772.429,98	3.357,20
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	120.408,—		-494.967,—
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	—,—	120.408,—	—,—
		101.892.837,98	94.738.151,98
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			
		802.842,—	766.215,—
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen		—,—	—,—
Davon: aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)	
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
Davon: aus verbundenen Unternehmen	671.012 €	(464.188 €)	
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	—,—		—,—
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	10.251.256,38	10.251.256,38	6.391.644,35
c) Erträge aus Zuschreibungen		5.570,—	—,—
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		393.611,25	1.654,26
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—,—	—,—
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		—,—	—,—
		10.650.437,63	6.393.298,61
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			
		47.066,36	75.358,28
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			
		1.119.982,89	231.417,88
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	3.607.415,22		1.757.093,12
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	3.607.415,22	—,—
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	-98.543,50		112.244,74
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	-98.543,50	—,—
		3.508.871,72	1.869.337,86

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

Gewinn- und Verlustrechnung

in Euro			2007	2006
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	93.526.093,43			79.582.821,06
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	93.526.093,43		—,—
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		—,—		—,—
			93.526.093,43	79.582.821,06
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrück- erstattungen für eigene Rechnung			3.190.313,87	2.358.513,20
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	8.225.585,02			11.667.816,72
b) Verwaltungsaufwendungen	1.684.743,45	9.910.328,47		1.848.207,12
c) Davon ab:				
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		1.579,18		1.790,41
			9.908.749,29	13.514.233,43
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		59.422,68		37.198,67
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		25.672,26		266.370,—
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		3,04		0,03
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—		—,—
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—		—,—
			85.097,98	303.568,70
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			41,67	12,94
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			3.701.168,43	3.303.182,18
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			592.830,47	1.272.772,38

in Euro		2007	2006
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung			
1. Sonstige Erträge		69.658,81	94.932,22
2. Sonstige Aufwendungen		1.173.342,28	1.367.704,60
3. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis		-1.103.683,47	-1.272.772,38
4. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		-510.853,—	—,—
5. Außerordentliche Erträge		—,—	—,—
6. Außerordentliche Aufwendungen		—,—	—,—
7. Außerordentliches Ergebnis		—,—	—,—
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		—,—	—,—
Davon: Organschaftumlage	– €	(– €)	
9. Sonstige Steuern		—,—	—,—
Davon: Organschaftumlage	– €	(– €)	
10. Erträge aus Verlustübernahme		—,—	—,—
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		—,—	—,—
12. Jahresfehlbetrag		-510.853,—	—,—
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		—,—	—,—
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		510.853,—	—,—
Davon Entnahmen aus der Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	510.853 €	(– €)	
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen			
a) aus der gesetzlichen Rücklage		—,—	—,—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile		—,—	—,—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		—,—	—,—
d) aus anderen Gewinnrücklagen		—,—	—,—
16. Entnahmen aus Genusssrechtskapital		—,—	—,—
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
a) in die gesetzliche Rücklage		—,—	—,—
b) in die Rücklage für eigene Anteile		—,—	—,—
c) in satzungsmäßige Rücklagen		—,—	—,—
d) in andere Gewinnrücklagen		—,—	—,—
18. Wiederauffüllung des Genusssrechtskapitals		—,—	—,—
19. Bilanzgewinn / Bilanzverlust		—,—	—,—

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der **immateriellen Vermögensgegenstände** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden.

Ausleihungen an verbundene Unternehmen wurden entsprechend ihrer Zugehörigkeit wie **sonstige Ausleihungen** und **Einlagen bei Kreditinstituten** mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden zum 31. Dezember 2007 mit ihrem aktuellen Marktwert bewertet, maximal jedoch mit dem Anschaffungskurs.

Soweit Gründe für eine in der Vergangenheit getätigte Abschreibung nicht mehr bestehen, wurden gemäß § 280 Abs. 1 HGB Zuschreibungen auf den Börsenwert bis maximal zum Anschaffungswert vorgenommen.

Sonstige Ausleihungen wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolicen wurden mit ihrem Zeitwert bilanziert.

Agio- und Disagioträge wurden durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auf die individuelle Laufzeit der jeweiligen Anlage zeitanteilig verteilt. Hierbei handelt es sich um die Abgrenzungen auf Ausleihungen an verbundene Unternehmen, Namensschuldverschreibungen und Scheckscheindarlehen.

Strukturierte Produkte wurden in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden auf Basis der Modelle von Black-Scholes und Hull-White bewertet.

Die **Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** wurden zum Nennwert angesetzt und um Pauschalwertberichtigungen, die anhand der Stornoquote der Vergangenheit des übernommenen Bestandes errechnet wurden, vermindert. Bei der Berechnung der Pauschalwertberichtigung zu noch nicht fälligen Ansprüchen wurde der ermittelte Betrag noch um Provisionsrückforderungen gekürzt.

Der Ansatz aller anderen **Forderungen** erfolgte mit dem Nennwert.

Die **Beitragsüberträge** umfassen den Teil der im Geschäftsjahr fälligen Beitragseinnahmen, der auf künftige Berichtsperioden entfällt. Sie werden zeitanteilig gebildet. Dabei werden die Beitragsüberträge unter Berücksichtigung der Beginnstermine jeder einzelnen Versicherung und nach Abzug von nicht übertragungsfähigen Beitragsteilen ermittelt. Für die Beteiligungsverträge werden die anteiligen Beitragsüberträge von dem federführenden Unternehmen berechnet. Sofern die Bilanzangaben von dem Konsortialführer nicht rechtzeitig übermittelt werden, beinhalten die Beitragsüberträge darüber hinaus einen, auf aktualisierten Erfahrungswerten basierenden, pauschalen Anteil für Beteiligungsverträge.

Die **Deckungsrückstellung** wurde gemäß den Grundsätzen, die der BaFin nach § 13 d Nr. 6 VAG dargelegt wurden, grundsätzlich einzelvertraglich unter Berücksichtigung der Beginnstermine ermittelt. Dabei kam die prospektive Methode zur Anwendung. Zur Anpassung an die sich verändernden biometrischen Rechnungsgrundlagen wird die Deckungsrückstellung für die 2002 bis 2004 abgeschlossenen Verträge gemäß dem von der DAV entwickelten Verfahren mit der Tafel DAV 2004 R-Bestand ¹⁾ gerechnet.

¹⁾ Interpolation zwischen DAV 2004 R-Bestand und DAV 2004 R-B20, Interpolationsschritt 3/20

Dabei kamen unternehmensindividuelle Storno- und Kapitalabfindungswahrscheinlichkeiten zur Anwendung, die die Verhältnisse in der betrieblichen Altersversorgung berücksichtigen. Nicht zur Kostendeckung benötigte Beitragsteile wurden berücksichtigt. Für Verträge mit Beginn ab 2005 wird die Tafel DAV 2004 R verwendet. Der Zillmersatz beträgt im Wesentlichen 25 ‰ der Beitragssumme bei Kollektivversicherungen bzw. 40 ‰ bei Einzelversicherungen. Lediglich bei Verträgen, denen eine Beitragszusage mit Mindestleistung zu Grunde liegt, wurde eine Zillmerung nicht vorgenommen. Für Verträge mit Beginn vor 2004 wurde ein Rechnungszins von 3,25 % verwendet. Verträgen mit Beginn ab 2004 und vor 2007 liegt ein Rechnungszins von 2,75 % zu Grunde. Für Verträge mit Beginn ab 2007 wird ein Rechnungszins von 2,25 % verwendet.

Der Deckungsrückstellung für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung liegt die Sterbetafel DAV 1994 T zu Grunde. Die nach Berufsgruppen getrennten Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammen der Tafel R+V 2000 I.

Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung implizit berücksichtigt.

Die Deckungsrückstellung im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird, wurde für jede Versicherung einzeln retrospektiv ermittelt. Sie wurde in Anteileneinheiten geführt und zum Zeitwert passiviert.

Für die Beteiligungserträge wurden die anteiligen Deckungsrückstellungen von dem federführenden Unternehmen berechnet.

Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung lagen nicht vor.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** für Invaliditätszusatzversicherungen wurde individuell ermittelt.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen wurde entsprechend dem Schreiben des Bundesministers der Finanzen vom 2. Februar 1973 ermittelt.

Der Wertansatz der **übrigen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** geht von dem voraussichtlichen Bedarf aus.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz – Aktiva

ENTWICKLUNG DER AKTIVPOSTEN B., C. I. BIS III. IM GESCHÄFTSJAHR 2007			
	Euro	Bilanzwerte Vorjahr %	Zugänge Euro
B. Immaterielle Vermögensgegenstände			
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs.1 Satz 1 HGB	—,—		—,—
II. Entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	9.035.535,—		—,—
Summe B.	9.035.535,—		—,—
C. Kapitalanlagen			
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	—,—	-	—,—
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—	-	—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	7.500.000,—	3,7	55.200.000,—
3. Beteiligungen	—,—	-	—,—
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	-	—,—
5. Summe C. II.	7.500.000,—	3,7	55.200.000,—
C. III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	5.746.956,69	2,9	4.637.932,84
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	28.823.976,45	14,4	25.689.613,—
3. Hypotheken-, Grundschul- und Rentenschuldforderungen	—,—	-	—,—
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	62.400.000,—	31,2	35.500.000,—
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	95.764.594,08	47,8	17.000.000,—
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—	-	—,—
d) Übrige Ausleihungen	—,—	-	126.797,46
5. Einlagen bei Kreditinstituten	—,—	-	—,—
6. Andere Kapitalanlagen	—,—	-	—,—
7. Summe C. III.	192.735.527,22	96,3	82.954.343,30
Summe C.	200.235.527,22	100,0	138.154.343,30
Insgesamt	209.271.062,22		138.154.343,30

Anhang

Umbuchungen Euro	Abgänge Euro	Zuschreibungen Euro	Abschreibungen Euro	Bilanzwerte Euro	Geschäftsjahr %
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	
—,—	—,—	—,—	695.042,—	8.340.493,—	
—,—	—,—	—,—	695.042,—	8.340.493,—	
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	43.100.000,—	—,—	—,—	19.600.000,—	6,7
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	43.100.000,—	—,—	—,—	19.600.000,—	6,7
—,—	2.884.106,70	—,—	3,26	7.500.779,57	2,6
—,—	1.089.441,45	5.570,—	25.669,—	53.404.049,—	18,3
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	97.900.000,—	33,6
—,—	—,—	—,—	—,—	112.764.594,08	38,7
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	126.797,46	0,1
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	—,—	—,—	—,—	—,—	—
—,—	3.973.548,15	5.570,—	25.672,26	271.696.220,11	93,3
—,—	47.073.548,15	5.570,—	25.672,26	291.296.220,11	100,0
—,—	47.073.548,15	5.570,—	720.714,26	299.636.713,11	

C. KAPITALANLAGEN

in Tsd. Euro			2007
	Buchwert	Zeitwert	Reserve
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen			
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	19.972	18.974	-998
III. Sonstige Kapitalanlagen			
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7.501	7.659	158
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	53.404	52.508	-896
4. Sonstige Ausleihungen			
a) Namensschuldverschreibungen	98.262	92.067	-6.195
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	123.480	113.178	-10.302
d) Übrige Ausleihungen	127	127	-
	302.746	284.513	-18.233

In den Buchwerten wurden zum Nennwert bilanzierte Anlagen, um Agio und Disagio saldiert (+ 11.450 Tsd. Euro), berücksichtigt.

Für die Ermittlung der Zeitwerte wurden in der Regel Börsenkurse respektive Marktpreise zu Grunde gelegt.

Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV.

Gemäß § 341 b Abs. 2 HGB wurden 50,8 Mio. Euro Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse vom 31. Dezember 2007 eine negative Bewertungsreserve von 0,7 Mio. Euro.

IN DIE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG EINZUBEZIEHENDE KAPITALANLAGEN

in Tsd. Euro	2007
Anschaffungskosten	302.746
Beizulegender Zeitwert	284.513
Saldo	-18.233

D. KAPITALANLAGEN FÜR RECHNUNG UND RISIKO VON INHABERN VON LEBENSVERSICHERUNGSPOLICEN

in Euro		2007
	Anteileinheiten	
DEVIF Fonds Nr. 301 R+V Kurs	2.683	19.696,08
DEVIF Fonds Nr. 300 R+V Zins	368	1.868,83
UniStrategie: Offensiv	2	57,24
DIT-Allianz Geldmarktfonds	2.837	145.625,52
MetallRente Fonds Portfolio	59.339	3.927.071,04
		4.094.318,71

F. IV. ANDERE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

in Euro		2007
Vorausgezahlte Versicherungsleistungen		53.273,56
Übrige Vermögensgegenstände		2.968,64
		56.242,20

H. II. SONSTIGE RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Euro		2007
Agio aus Kapitalanlagen		11.590.901,51
		11.590.901,51

Erläuterungen zur Bilanz – Passiva

A. I. GEZEICHNETES KAPITAL

in Euro	2007
Das Grundkapital ist in 404.000 nennwertlose Stückaktien (vinkulierte Namensaktien) eingeteilt.	
Stand am 31. Dezember	10.100.000,—

Die R+V Lebensversicherung AG, Wiesbaden, hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr eine Mehrheitsbeteiligung an der R+V Pensionskasse AG gehört. Die R+V Personen Holding GmbH, Wiesbaden, die R+V Versicherung AG, Wiesbaden, und

die DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main, haben gemäß § 20 Abs. 4 AktG Mitteilungen ihre mittelbaren Mehrheitsbeteiligungen mitgeteilt.

A. II. KAPITALRÜCKLAGE

in Euro	2007
Stand am 1. Januar	12.345.364,90
Entnahme aus dem Organisationsfonds	510.853,—
Stand am 31. Dezember	11.834.511,90

C. NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

in Euro	2007
Stand am 31. Dezember	5.000.000,—

Die Restlaufzeit beträgt mehr als fünf Jahre.

E. IV. RÜCKSTELLUNG FÜR ERFOLGSABHÄNGIGE UND ERFOLGSUNABHÄNGIGE BEITRAGSRÜCKERSTATTUNG

in Euro	2007
Vortrag zum 1. Januar	4.933.827,50
Entnahmen:	
Zahlungen und Gutschriften an Versicherungsnehmer	142.222,47
Beiträge zur Erhöhung der Versicherungssumme	802.164,90
Überführung gutgeschriebener Überschussanteile in das Bonussystem	677,10
	945.064,47
Zuweisungen:	
zu Lasten des Geschäftsjahres	3.190.313,87
aus gutgeschriebenen Überschussanteilen	677,10
	3.190.990,97
Stand am 31. Dezember	7.179.754,—
Davon entfallen auf:	
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	1.463.183,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlusszahlungen	15.432,—
den Fonds für Schlusszahlungen	5.701.139,—

In den festgelegten, aber noch nicht zugeteilten Schlusszahlungen sind erstmalig für das Jahr 2008 Beträge für die Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven berücksichtigt. Dabei wurde von der erwarteten Inanspruchnahme ausgegangen.

Der Fonds für Schlusszahlungen wurde auf Basis des zum Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils sowie der Mindestbeteiligung an Bewer-

tungsreserven für jede Versicherung prospektiv unter Beachtung der für 2008 deklarierten Sätze berechnet. Im Fonds dieser Schlusszahlungen ist der Anteil enthalten, der dem Verhältnis der abgelaufenen Dauer zu der gesamten Aufschubzeit entspricht. Der Diskontierungssatz liegt unter Berücksichtigung der Sterbe- und Stornowahrscheinlichkeiten bei 8,5 %. Die für die einzelnen Überschussverbände festgelegten Überschussanteilsätze stehen auf den Seiten 45 bis 50.

F. I. VERSICHERUNGSTECHNISCHE RÜCKSTELLUNGEN IM BEREICH DER LEBENSVERSICHERUNG, SOWEIT DAS ANLAGERISIKO VON DEN VERSICHERUNGSNEHMERN GETRAGEN WIRD

in Euro	2007
Stand am 1. Januar	3.350.124,28
Zugang:	
Veränderung	744.194,43
Brutto	4.094.318,71
Anteil der Rückversicherer	—,—
Stand am 31. Dezember	4.094.318,71

G. IV. SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

in Euro	2007
Jahresabschluss	82.890,—
Kapitalanlagenbereich	15.000,—
	97.890,—

I. I. 1. VERBINDLICHKEITEN AUS DEM SELBST ABGESCHLOSSENEN VERSICHERUNGSGESCHÄFT GEGENÜBER VERSICHERUNGSNEHMERN

in Euro	2007
Gutgeschriebene Überschussanteile	2.110.822,31
Im voraus empfangene Beiträge	415.789,80
	2.526.612,11

K. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

in Euro	2007
Disagio aus Kapitalanlagen	141.477,16
	141.477,16

SONSTIGE BEMERKUNGEN

Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind, bestehen nicht.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. 1.A) GEBUCHTE BRUTTOBEITRÄGE		
in Euro	2007	2006
Beiträge nach Vertragsart		
Einzelversicherungen	20.102.749,42	17.716.339,62
Kollektivversicherungen	81.672.961,36	77.520.136,56
	101.775.710,78	95.236.476,18
Beiträge nach Zahlungsweise		
Laufende Beiträge	101.080.696,70	94.651.838,27
Einmalbeiträge	695.014,08	584.637,91
	101.775.710,78	95.236.476,18
Beiträge nach Haupt- und Zusatzversicherungen		
Pensionsversicherungen	100.860.452,95	93.995.242,15
Zusatzversicherungen	915.257,83	1.241.234,03
	101.775.710,78	95.236.476,18
Beiträge nach Gewinnbeteiligung		
Beiträge mit Gewinnbeteiligung	101.775.710,78	95.236.476,18
Beiträge ohne Gewinnbeteiligung	—,—	—,—
	101.775.710,78	95.236.476,18

RÜCKVERSICHERUNGSSALDO		
in Euro	2007	2006
Verdiente Beiträge	3.280,80	3.357,20
Aufwendungen für Versicherungsfälle	—,—	—,—
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	1.579,18	1.790,41
Veränderung der Deckungsrückstellung	—,—	—,—
Saldo zu Gunsten des Rückversicherers	1.701,62	1.566,79

I. 6. AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE FÜR EIGENE RECHNUNG		
in Euro	2007	2006
Vorzeitige Versicherungsfälle	388.516,73	255.286,59
Abläufe und Rentenzahlungen	697.365,86	274.006,40
Rückkäufe	2.422.989,12	1.340.044,87
	3.508.871,71	1.869.337,86

I. 10. AUFWENDUNGEN FÜR KAPITALANLAGEN

in Euro	2007	2006
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		
Planmäßige Abschreibungen	—,—	—,—
Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	—,—	—,—
Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB	25.672,26	266.370,—
Abschreibungen nach § 6 b EStG	—,—	—,—
	25.672,26	266.370,—

II. 1. SONSTIGE ERTRÄGE

in Euro	2007	2006
Zinserträge	56.529,01	32.224,42
Übrige Erträge	13.129,80	62.707,80
	69.658,81	94.932,22

II. 2. SONSTIGE AUFWENDUNGEN

in Euro	2007	2006
Abschreibungen	408,09	24.891,10
Zinsaufwendungen	276.443,14	489.490,11
Aufwendungen, die das Unternehmen als Ganzes betreffen	835.073,89	845.746,58
Übrige Aufwendungen	61.417,16	7.576,81
	1.173.342,28	1.367.704,60

Sonstige Angaben

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

I. Entstehung der Überschüsse

Pensionsversicherungsverträge werden in der Regel langfristig abgeschlossen und haben über die gesamte Vertragslaufzeit garantierte Beiträge. Um die vertraglich zugesagten Leistungen auf Dauer gewährleisten zu können, müssen Pensionskassen genauso wie Lebensversicherungsunternehmen ihre Beiträge unter vorsichtigen Annahmen kalkulieren. Wirtschaftliches Handeln, über dem Rechnungszins liegende Kapitalerträge und ein günstiger Risikoverlauf führen dann zu Überschüssen, die an die Versicherungsnehmer in Form der Überschussbeteiligung entstehungsgerecht und zeitnah weitergegeben werden.

II. Beteiligung an Bewertungsreserven

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Bewertungsreserven sorgen für Sicherheit und dienen dazu, kurzfristige Ausschläge an den Kapitalmärkten auszugleichen. Die vorhandenen Reservepuffer geben der Gesellschaft Spielräume, um beispielsweise Engagements an den durch höhere Chancen aber auch Risiken gekennzeichneten Aktienmärkten vorzunehmen.

Bei Rentenübergängen werden Pensionsversicherungsverträge nach dem neuen Versicherungsvertragsgesetz verursachungsorientiert an der Hälfte der Bewertungsreserven beteiligt.

III. Ermittlung und Verteilung der Überschüsse und Bewertungsreserven

Jede einzelne überschussberechtigte Versicherung erhält Anteile an den oben genannten Überschüssen, die entsprechend der getroffenen Vereinbarung verwendet werden. Die Höhe dieser Anteilsätze wird vom Vorstand unter Beachtung der maßgebenden aufsichtsrechtlichen Bestimmungen und des Vorschlags des Verantwortlichen Aktuars jährlich festgelegt und im Geschäftsbericht veröffentlicht.

Die Bewertungsreserven werden in der Regel monatlich neu ermittelt. Der Vorstand legt unter Berücksichtigung des Vorschlags des Verantwortlichen Aktuars eine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven ein Jahr im Voraus fest. Falls die einzelvertragliche Beteiligung an den Bewertungsreserven zum Zuteilungszeitpunkt niedriger als die deklarierte Mindestbeteiligung ist, wird diese entsprechend um den Differenzbetrag bis zur Mindestbeteiligung erhöht. Dieses Vorgehen sichert die Beteiligung an den Bewertungsreserven unabhängig von kurzfristigen, unterjährigen Schwankungen am Kapitalmarkt bis zu einem bestimmten Niveau. Über die Anforderungen aus dem VVG hinaus wird somit auch dem Ziel der Kontinuität Rechnung getragen.

Die Systematik, nach der die Überschüsse den Versicherungsverträgen zugeteilt werden, ist in den Versicherungsbedingungen festgelegt. Abhängig von der Vertragsgestaltung kommen unterschiedliche Überschussbeteiligungssysteme zur Anwendung. Hierdurch wird sichergestellt, dass die einzelnen Verträge verursachungsorientiert in dem Maße an den Überschüssen beteiligt werden, wie sie zu deren Entstehung beigetragen haben.

Bei den bis Ende 2004 abgeschlossenen Pensionsversicherungen ist aufgrund des festzustellenden Trends zu einer höheren Lebenserwartung gegenüber der Kalkulation von einer längeren Rentenbezugszeit auszugehen. Mit einer Anpassung der Deckungsrückstellung für diese Versicherungen wird sichergestellt, dass die Verpflichtungen auch dann erfüllt werden können, wenn in Zukunft die jetzt anzunehmende Entwicklung eintritt. Die Anpassung der Deckungsrückstellung vermindert die Höhe der zur Rückerstattung vorgesehenen Überschussanteile.

IV. Überschussbeteiligung im Geschäftsjahr 2008

Für das in 2008 beginnende Versicherungsjahr hat der Vorstand die nachfolgend aufgeführten Überschussanteilsätze festgelegt.

A. Pensionsversicherungen

1. LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG

Überschussverband	Aufschubzeit		Rentenbezug
	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ¹⁾	in % der im vergangenen VJ in den Vertrag geflossenen Beiträge ohne Ratenzuschläge ²⁾	in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ³⁾
02PK	0,40	–	0,50
02PKV, 02PKZ	0,00	3,00	0,50
04PK, 04PKI	1,25	–	1,35
04PKV, 04PKZ	0,35	3,00	1,35
04PKIV	0,35	5,00	1,35
05PK, 05PKI	1,25 ⁴⁾	–	1,80
05PKV	0,35	3,00	1,80
05PKZ	0,35	3,00	1,80
05PKIV	0,35	5,00	1,80
07PK, 07PKI	1,75 ⁵⁾	–	2,30 ⁶⁾
07PKV	0,85	3,00	2,30 ⁶⁾
07PKZ	1,75	–	2,30 ⁶⁾
07PKIV	0,85	5,00	2,30 ⁶⁾

1) 02PK, 04PK, 04PKI, 05PK, 05PKI, 07PK, 07PKI, 07PKZ: frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

02PKV, 04PKV, 05PKV, 02PKZ, 04PKZ, 05PKZ, 04PKIV, 05PKIV, 07PKV, 07PKIV: erstmals zu Beginn des vierten Versicherungsjahres.

2) Erstmals zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

3) Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit.

4) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,30 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfall-Leistung“: 1,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

5) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,80 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus.

Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus mit Todesfall-Leistung“: 1,65 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus.

6) Auf das überschussberechtigte Deckungskapital des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus stattdessen 2,30 %.

Sonstige Angaben

Überschussverband	in % des überschussberechtigten Risikobeitrags ^{1,3)}				Aufschubzeit	Rentenbezug
	in % des überschussberechtigten Risikobeitrags ^{2,4)}		in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ⁴⁾		in % des überschussberechtigten Deckungskapitals ⁵⁾	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen		
05PKH, 05PKIH	60	50	30	30	1,25 ⁶⁾	1,80
05PKO, 05PKIO	–	–	30	30	1,25 ⁷⁾	1,80
07PKH, 07PKIH	60	50	30	30	1,75 ⁸⁾	2,30 ⁹⁾
07PKO, 07PKIO	–	–	30	30	1,75 ⁸⁾	2,30 ⁹⁾

1) Risikobeitrag für die Absicherung der Hinterbliebenenanwartschaft in der Aufschubzeit.

2) Risikobeitrag für die Rente und ggf. für die Absicherung der Hinterbliebenenanwartschaft im Rentenbezug.

3) Ab dem zweiten Versicherungsjahr.

4) Frühestens zu Beginn des zweiten Versicherungsjahres.

5) Erstmals zu Beginn der Rentenbezugszeit; eine eventuell mitversicherte Hinterbliebenenrente in der Anwartschaft erhält denselben Satz.

6) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,15 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

7) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,30 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des Bonus.

8) Bei Wahl des Überschussverwendungssystems „Bonus“: 1,65 % des überschussberechtigten Deckungskapitals des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus.

9) Auf das überschussberechtigte Deckungskapital des mit 2,25 % Rechnungszins kalkulierten Bonus stattdessen 2,30 %.

2. Schlussüberschussbeteiligung

Versicherungen, deren Aufschubzeit im Geschäftsjahr 2008 oder im Geschäftsjahr 2009 vor dem Versicherungsjahrestag 2009 endet, erhalten eine Schlussüberschussbeteiligung.

Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung beitragspflichtig bestand.

Die Schlussüberschüsse werden auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt.

Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall werden die Schlussüberschüsse nach einer Wartezeit gemäß den beschlossenen Festlegungen anteilig gewährt.

Überschussverband**Schlussüberschussbeteiligung**

in % des maßgeblichen Deckungskapitals für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ab dem 5. Versicherungsjahr

	2007 - 2008	2006	2005 ²⁾	2005 ³⁾	2004	2002 - 2003
02PK	2,250	2,250	2,250	3,250	3,250	3,250
02PKV, 02PKZ	2,050	2,050	3,500	4,500	4,500	4,500
04PK, 04PKI	2,375	2,375	2,375	3,450	3,450	
04PKV, 04PKZ	3,675	3,675	3,675	4,700	4,700	
04PKIV	3,175	3,175	3,175	4,150	4,150	
05PK, 05PKH, 05PKI, 05PKIH, 05PKO ¹⁾ , 05PKIO ¹⁾	2,375	2,375	2,375	3,450		
05PKV, 05PKZ	3,675	3,675	3,675	4,700		
05PKIV	3,175	3,175	3,175	4,150		
07PK, 07PKI, 07PKO ¹⁾ , 07PKIO ¹⁾ , 07PKH, 07PKIH, 07PKZ	2,750					
07PKV	4,050					
07PKIV	3,550					

¹⁾ Für diese Tarife wird der Leistungsfaktor LF2 für die Schlussüberschussbeteiligung bei Tod auf Null gesetzt.

²⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im April bis Dezember haben.

³⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im Januar bis März haben.

3. Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven

Versicherungen, deren Aufschubzeit im Geschäftsjahr 2008 oder im Geschäftsjahr 2009 vor dem Versicherungsjahrestag 2009 endet, erhalten eine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven.

Die Höhe der Mindestbeteiligung ergibt sich aus den aufgeführten %-Sätzen des maßgeblichen Deckungskapitals (aktuelles Deckungskapital am Ende der Aufschubzeit) der Jahre, in denen die Versicherung beitragspflichtig bestand.

Die Mindestbeteiligung wird auch für beitragsfreie Versicherungsjahre nach Ablauf einer vertraglich vereinbarten abgekürzten Beitragszahlungsdauer gewährt.

Bei Rückkauf oder im vorzeitigen Versicherungsfall ergibt sich die Mindestbeteiligung nach einer Wartezeit gemäß den beschlossenen Festlegungen anteilig. Ist die zugeteilte Beteiligung an den Bewertungsreserven geringer als die Mindestbeteiligung, wird die Differenz berücksichtigt.

Sonstige Angaben

Überschussverband**Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven**

in % des maßgeblichen Deckungskapitals für das im Geschäftsjahr beginnende Versicherungsjahr ab dem 5. Versicherungsjahr

	2007 - 2008	2006	2005 ²⁾	2005 ³⁾	2004	2002 - 2003
02PK	2,250	2,250	2,250	3,250	3,250	3,250
02PKV, 02PKZ	2,050	2,050	3,500	4,500	4,500	4,500
04PK, 04PKI	2,375	2,375	2,375	3,450	3,450	
04PKV, 04PKZ	3,675	3,675	3,675	4,700	4,700	
04PKIV	3,175	3,175	3,175	4,150	4,150	
05PK, 05PKH, 05PKI, 05PKIH, 05PKO ¹⁾ , 05PKIO ¹⁾	2,375	2,375	2,375	3,450		
05PKV, 05PKZ	3,675	3,675	3,675	4,700		
05PKIV	3,175	3,175	3,175	4,150		
07PK, 07PKI, 07PKO ¹⁾ , 07PKIO ¹⁾ , 07PKH, 07PKIH, 07PKZ	2,750					
07PKV	4,050					
07PKIV	3,550					

¹⁾ Für diese Tarife wird der Leistungsfaktor LF2 für die Mindestbeteiligung bei Tod auf Null gesetzt.

²⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im April bis Dezember haben.

³⁾ Für Versicherungen, die ihren Jahrestag im Januar bis März haben.

B. Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen und Erwerbsunfähigkeits-Zusatzversicherungen

1. LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG IN DER ANWARTSCHAFT**Überschussverband****Versicherungen in der Anwartschaft**

	in % des überschussberechtigten Beitrages ¹⁾	Zusatzüberschussanteil ²⁾ in % des überschussberechtigten Deckungskapitals	Risikoüberschussanteil ²⁾ in % der überschussberechtigten Risikoprämie
02PKBUA, 02PKBUB, 02PKBUC, 02PKBUD, 02PKEU	10,00	0,60	10,00
04PKBUA, 04PKBUB, 04PKBUC, 04PKBUD, 04PKIBUA, 04PKIBUB, 04PKIBUC, 04PKIBUD	10,00	1,10	10,00
07PKBUA, 07PKBUB, 07PKBUC, 07PKBUD, 07PKIBUA, 07PKIBUB, 07PKIBUC, 07PKIBUD	10,00	1,60	10,00

¹⁾ Nur für beitragspflichtige Versicherungen.

²⁾ Nur für beitragsfrei gestellte Versicherungen.

2. LAUFENDE ÜBERSCHUSSBETEILIGUNG IM RENTENBEZUG

Überschussverband	Versicherungen im Rentenbezug
	Dynamische Überschussrente und verzinsliche Ansammlung in % des überschussberechtigten Deckungskapitals
02PKBUA, 02PKBUB, 02PKBUC, 02PKBUD, 02PKEU	0,60
04PKBUA, 04PKBUB, 04PKBUC, 04PKBUD, 04PKIBUA, 04PKIBUB, 04PKIBUC, 04PKIBUD	1,10
07PKBUA, 07PKBUB, 07PKBUC, 07PKBUD, 07PKIBUA, 07PKIBUB, 07PKIBUC, 07PKIBUD	1,60

C. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Die Höhe dieses Ansammlungsüberschussanteils wird so festgelegt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 3,85 % beträgt.

D. Direktgutschrift

Die Versicherungen der Überschussverbände 02PK, 04PK, 04PKI, 05PK, 05PKI, 05PKH, 05PKIH, 05PKO, 05PKIO, 07PK, 07PKI, 07PKH, 07PKIH, 07PKO, 07PKIO und 07PKZ erhalten eine Direktgutschrift. Die Versicherungen der Überschussverbände 02PKV, 04PKV, 05PKV, 02PKZ, 04PKZ, 05PKZ, 04PKIV, 05PKIV, 07PKV und 07PKIV erhalten ab dem vierten Versicherungsjahr eine Direktgutschrift.

Die Direktgutschrift wird für die in Betracht kommenden Bestände in folgender Höhe deklariert: 4,55 % der maßgebenden Versicherungsnehmerguthaben, sofern dieser Betrag nicht höher ist als der Rohüberschuss nach Abzug des Jahresergebnisses; ansonsten entspricht die Direktgutschrift dem Saldo aus Rohüberschuss und Jahresergebnis. Die Direktgutschrift wird auf die erklärten Überschussanteile angerechnet und begrenzt.

Sonstige Angaben

PROVISIONEN UND SONSTIGE BEZÜGE DER VERSICHERUNGSVERTRETER, PERSONAL-AUFWENDUNGEN

in Euro	2007	2006
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3.713.659,89	7.226.068,46
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	1.900.000,—	2.500.000,—
3. Löhne und Gehälter	47.604,48	41.062,16
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	469,93	192,38
5. Aufwendungen für Altersversorgung	123,31	221,23
6. Aufwendungen insgesamt	5.661.857,61	9.767.544,23

Die Löhne und Gehälter beziehen sich zum einen auf Vorstandsbezüge, zum anderen auf per Umlage zugeordnete Mitarbeiterbezüge anderer Gesellschaften.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstandes zu Lasten des Geschäftsjahres betragen 45.400 Euro (2006: 41.475 Euro).

An den Aufsichtsrat wurden im Geschäftsjahr keine Bezüge gezahlt.

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr wurden keine Mitarbeiter beschäftigt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen

Die R+V Pensionskasse AG ist gemäß § 124 Abs. 2 VAG freiwilliges Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährlich Mittel von maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Die zukünftigen Zahlungen hieraus betragen für die R+V Pensionskasse AG 89 Tsd. Euro.

Der Sicherungsfonds kann darüber hinaus Sonderbeiträge in Höhe von weiteren 1 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen erheben; dies entspricht einer Verpflichtung von 216 Tsd. Euro.

Zusätzlich hat sich die R+V Pensionskasse AG verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protektor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung beträgt 1 % der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Die Gesamtverpflichtung der R+V Pensionskasse AG zum Bilanzstichtag beträgt 2.035 Tsd. Euro.

Die R+V Pensionskasse AG hat gegenüber Arbeitgebern die Haftungsfreistellung von Ansprüchen ausgeschiedener Arbeitnehmer erklärt, sofern bei Neuabschlüssen bzw. Neuanmeldungen im Rahmen von bestehenden Gruppenversicherungsverträgen in der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember 2007 Tarife mit Verteilung der Abschlusskosten auf 5 Jahre verwendet wurden und der Anspruch damit begründet wird, dass bei der Entgeltumwandlung kein Tarif mit Verteilung der Abschlusskosten über die gesamte Laufzeit des Vertrages zu Grunde lag.

Voraussetzung der Freistellung des Arbeitgebers durch R+V ist die rechtskräftige Feststellung der Ansprüche des Arbeitnehmers durch ein gerichtliches Urteil. Auf Basis des Vertragsstandes ergibt sich zum 31. Dezember 2007 eine Haftungssumme von 60 Tsd. Euro.

Konzernabschluss

Der Jahresabschluss der R+V Pensionskasse AG wird in den Teilkonzernabschluss der R+V Versicherung AG, Wiesbaden, einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Teilkonzernabschluss der R+V Versicherung AG wird in den übergeordneten Konzernabschluss der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main einbezogen. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der R+V Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2007 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 4. März 2008

KPMG
Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Henzler
Wirtschaftsprüfer

Fleischerowitz
Wirtschaftsprüfer

Bestätigungsvermerk des
Abschlussprüfers

Bericht des Aufsichtsrats

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften überwacht und beratend begleitet. Dies erfolgte im Geschäftsjahr 2007 in zwei Sitzungen, zu denen der Aufsichtsrat zusammentrat, sowie durch vierteljährliche schriftliche Berichte. In den Sitzungen hat der Aufsichtsrat mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert. Alle Maßnahmen, welche die Zustimmung des Aufsichtsrats erfordern, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten. Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats auch außerhalb der Sitzungen über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen in Kenntnis gesetzt.

Im Vordergrund der Berichterstattung standen die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Unternehmensplanung und -perspektive sowie die Finanzkennzahlen. Einen Schwerpunkt der Besprechungen bildete die Positionierung der R+V im Geschäftsfeld betriebliche Altersversorgung. Diskutiert wurde die strategische Ausrichtung der R+V Pensionskasse AG als Anbieterin eines der fünf Durchführungswege der betrieblichen Altersversorgung.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007 eingehend geprüft. Hierzu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, vor.

An der Sitzung zur Feststellung des Jahresabschlusses am 13. Mai 2008 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil. Sie berichteten dem Aufsichtsratsplenium zusammenfassend über die Prüfungsergebnisse und standen für alle zusätzlichen Erläuterungen und Stellungnahmen zur Verfügung.

Der Verantwortliche Aktuar nahm an der Sitzung des Aufsichtsrats, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde, teil. Er berichtete über die wesentlichen Ergebnisse des von ihm gegenüber dem Vorstand abgegebenen Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung, die er uneingeschränkt erteilt hat. Der Aufsichtsrat erhebt keine Einwendungen gegen den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Actuars.

Der Aufsichtsrat hat gegen den von dem Vorstand aufgestellten Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 keine Einwendungen erhoben und sich dem Prüfungsergebnis des Abschlussprüfers angeschlossen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2007 gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Der vom Vorstand erstellte Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen sowie der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hierzu lagen vor und wurden geprüft.

Der Abschlussprüfer hat dem Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„Nach unserer pflichtmäßigen Prüfung und Beurteilung bestätigen wir, dass

1. die tatsächlichen Angaben des Berichts richtig sind,
2. bei den im Bericht aufgeführten Rechtsgeschäften die Leistung der Gesellschaft nicht unangemessen hoch war.“

Der Aufsichtsrat schließt sich dieser Beurteilung an und hat keine Einwendungen gegen die Erklärungen des Vorstands am Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erhoben.

Wiesbaden, 13. Mai 2008

Der Aufsichtsrat

Dr. Caspers
Vorsitzender

Glossar

Abschlusskostenquote

Die Abschlussaufwendungen in Prozent der → Beitragssumme des Neugeschäfts ergeben die Abschlusskostenquote.

Aktuar / Aktuarin, DAV

Aktuare sind mathematisch ausgebildete Sachverständige. Sie sind national und international in Berufsvereinigungen organisiert, zum Beispiel in der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV). In Deutschland müssen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) Personenversicherungen einen Verantwortlichen Aktuar bestellen.

Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung

Summe der Zahlungen für angefallene Leistungsfälle einschließlich der Kosten für die Schadenregulierung und die Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb (netto)

Provisionen sowie Personal- und Sachaufwendungen für Abschluss und laufende Verwaltung von Versicherungsverträgen, gekürzt um die Provisionen und Gewinnbeteiligungen, die von Rückversicherern erstattet wurden.

Beiträge

Der Beitrag, oft auch → Prämie genannt, ist der Preis für den Versicherungsschutz, den der Versicherer gewährt. Er kann laufend oder als Einmalbeitrag entrichtet werden. Unter „gebuchten Beiträgen“ versteht man die gesamten Beitragseinnahmen, die im Geschäftsjahr fällig geworden sind.

Beitragssumme des Neugeschäfts

Die Summe aller für die Vertragslaufzeit vereinbarten → Beiträge von neuen Verträgen.

Beitragsüberträge

Der Anteil der im Geschäftsjahr vereinnahmten Beiträge, der auf die Zeit nach dem Bilanzstichtag entfällt, wird als Beitragsübertrag unter den versicherungstechnischen Rückstellungen ausgewiesen.

Bewertungsreserven

Differenz zwischen dem Buchwert und dem → Zeitwert einer Kapitalanlage.

Black-Scholes-Modell

Das Black-Scholes-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Finanzoptionen, das von Fischer Black und Myron Scholes 1973 veröffentlicht wurde.

Brutto / Netto

Bei Brutto- bzw. Nettoausweis werden die versicherungstechnischen Positionen vor bzw. nach Abzug des Anteils ausgewiesen, der auf das in Rückdeckung gegebene Geschäft entfällt. Statt „netto“ verwendet man auch die Bezeichnung „für eigene Rechnung“.

Deckungsrückstellung

Nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelte versicherungstechnische Rückstellung, die künftige Ansprüche der Versicherungsnehmer abdeckt. Sie entspricht dem Saldo aus dem Barwert der künftigen Verpflichtungen abzüglich des Barwerts der künftigen Beiträge.

Derivatives Finanzinstrument

Finanzinstrument, dessen Wert steigt oder fällt, wenn sich eine Basisgröße (bestimmter Zinssatz, Wertpapierpreis, Währungskurs, Preisindex etc.) ändert. Zu den Derivaten zählen insbesondere Futures, Forwards, Swaps und Optionen.

Direktgutschrift

Der Teil der Überschussbeteiligung, der dem Kunden direkt zu Lasten des Geschäftsjahresergebnisses gutgeschrieben wird und nicht aus der → Rückstellung für Beitragsrückerstattung entnommen wird.

Duration

Die Duration bezeichnet die durchschnittliche Laufzeit einer zinssensitiven Kapitalanlage oder eines Portfolios und ist ein Risikomaß für deren Sensitivität in Bezug auf Zinssatzänderungen.

Fondsgebundene Lebens- oder Rentenversicherung

Lebens- oder Rentenversicherung, bei der die Höhe der Ablaufleistung maßgeblich von der Wertentwicklung der jeweiligen Fondsanteile abhängt. Der Versicherungsnehmer ist unmittelbar am Gewinn oder Verlust der Vermögensanlage beteiligt.

Für eigene Rechnung (f.e.R.)

Der jeweilige versicherungstechnische Posten nach Abzug des in Rückversicherung gegebenen Geschäftes → Brutto / Netto.

Genossenschaftlicher FinanzVerbund

Netzwerk genossenschaftlicher Zentral- und Spezialinstitute im Rahmen eines umfassenden Allfinanz-Konzeptes. Partner der R+V Versicherung sind u.a.: DZ BANK AG, WGZ BANK AG, Bausparkasse Schwäbisch Hall, Union Investment, VR Leasing.

Hull-White-Modell

Das Hull-White-Modell ist ein finanzmathematisches Modell zur Bewertung von Zinsderivaten, das von John C. Hull und Alan White veröffentlicht wurde.

IFRS - International Financial Reporting Standards

Internationale Rechnungslegungsnormen, die eine international vergleichbare Bilanzierung und Publizität gewährleisten sollen.

Nettoverzinsung der Kapitalanlagen

Alle Erträge abzüglich aller Aufwendungen für Kapitalanlagen im Verhältnis zum mittleren Bestand der Kapitalanlagen zum 1. Januar und 31. Dezember des jeweiligen Geschäftsjahres, sofern es sich nicht um Kapitalanlagen für eine → Fondsgebundene Lebens- oder Rentenversicherung handelt.

Prämie

→ Beitrag

Provision

Vergütung des Versicherungsunternehmens an Vertreter, Makler oder andere Vermittler für deren Kosten im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Verwaltung von Versicherungsverträgen.

Rating

Standardisierte Bonitätsbeurteilung von Schuldtiteln sowie von Unternehmen durch unabhängige, spezialisierte Bewertungsagenturen.

Rohüberschuss

Überschuss eines Versicherungsunternehmens vor Aufwendungen für die Zuführung zur → Rückstellung für Beitragsrückerstattung sowie vor Gewährung der → Direktgutschrift.

Rückstellung für Beitragsrückerstattung

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung dient der Beteiligung der Versicherungsnehmer am Überschuss des Versicherungsunternehmens und ist eine Rückstellung für künftige Leistungen im Rahmen der Überschussbeteiligung.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Rückstellung für die Verpflichtungen aus Versicherungsfällen, die am Bilanzstichtag bereits eingetreten waren, aber noch nicht gemeldet wurden bzw. noch nicht vollständig abgewickelt werden konnten.

Rückversicherer

Versicherungsunternehmen, das Risiken anderer Versicherungsgesellschaften übernimmt und selbst keine direkten Vertragsbeziehungen zum Versicherungsnehmer unterhält.

Sicherungsvermögen

Der Teil der Aktiva eines Versicherungsunternehmens, der dazu dient, die Ansprüche der Versicherungsnehmer zu sichern. Aufgrund der Sicherstellung der Ansprüche der Versicherten im Falle einer Insolvenz ist das Sicherungsvermögen ein vom übrigen Vermögen des Versicherungsunternehmens intern getrenntes Sondervermögen, das dem Zugriff anderer Gläubiger entzogen ist.

Solvabilität

Eigenmittelausstattung eines Versicherungsunternehmens.

Stress-Test

Bei Stress-Tests handelt es sich um eine spezielle Form der Szenarioanalyse. Ziel ist es, eine quantitative Aussage über das Verlustpotenzial bei extremen Marktschwankungen treffen zu können.

Strukturierte Produkte

Bei einem strukturierten Produkt wird ein → derivatives Finanzinstrument (z.B. eine Option) mit einem nichtderivativen Instrument (z.B. einer Anleihe) kombiniert.

Verbundene Unternehmen

Das Mutterunternehmen (Konzernobergesellschaft) und alle Tochterunternehmen. Tochterunternehmen sind Unternehmen, bei denen das Mutterunternehmen einen beherrschenden Einfluss auf die Geschäftspolitik ausüben kann (Control-Prinzip).

Versicherungstechnische Rückstellungen

Ungewisse Verbindlichkeiten, die unmittelbar mit dem Versicherungsgeschäft zusammenhängen. Ihre Bildung soll sicherstellen, dass die Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen dauerhaft erfüllt werden können.

Versicherungstechnisches Ergebnis

Saldo aus Erträgen und Aufwendungen, die dem Versicherungsgeschäft zugeordnet werden.

Verwaltungskostenquote

Die Verwaltungsaufwendungen in Prozent der gebuchten Bruttobeiträge ergeben die Verwaltungskostenquote.

Zeitwert

Der Zeitwert einer Kapitalanlage entspricht in der Regel ihrem Marktwert. Ist der Wert nicht direkt zu ermitteln, wird der Wert herangezogen, zu dem der Vermögensgegenstand zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern gehandelt würde.